



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

LANDWIRTSCHAFT WAHLKAMPF WIRTSCHAFTSDATEN

■ ANALYSE		
Die russische Landwirtschaft im Privatisierungsprozess: Vom Kolchos- zum Investorenarchipel?	Peter Lindner und Alexander Vorbrugg, Frankfurt a.M.	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Statistiken zur Entwicklung der russischen Landwirtschaft		6
■ WAHLBEOBACHTUNG		
Die Struktur der Parteilisten zu den Dumawahlen 2011	Arkadij Ljubarew, Moskau	10
■ WAHLBEOBACHTUNG		
Die Rolle der Wahlkommissionen bei den Wahlen in Russland	Alexander Kynew, Moskau	13
■ STATISTIK		
Aktuelle Wirtschaftsdaten		17
■ CHRONIK		
Vom 4. bis zum 17. November 2011		20



Die russische Landwirtschaft im Privatisierungsprozess: Vom Kolchos- zum Investorenarchipel?

Peter Lindner und Alexander Vorbrugg, Frankfurt a.M.

Zusammenfassung

Nimmt man die im Dezember 1991 unter Präsident Jelzin verabschiedete Gesetzgebung zur Privatisierung der Kolchose und Sowchose als Ausgangspunkt, so ist die russische Landwirtschaft seit mittlerweile ziemlich genau 20 Jahren Ziel intensiver Restrukturierungsmaßnahmen. Im Rückblick fällt auf, dass erhebliche Diskontinuitäten und Brüche, veränderte Prioritäten und das Experimentieren mit unterschiedlichen Steuerungsinstrumenten diesen Prozess kennzeichnen. Paradox mutet insbesondere der Wandel an, dem das Leitbild der Restrukturierung unterworfen war: Setzten Anfang der 1990er Jahre viele Reformer Privatisierung mit der Entstehung kleinbäuerlicher Familienbetriebe gleich, so wurden später verstärkt die Nachfolgeunternehmen der ehemaligen Kollektivbetriebe unterstützt, und in jüngster Zeit werden vermehrt Großinvestoren im ländlichen Raum aktiv, deren Eigentum (oder gepachtete Fläche) die Größe der ehemaligen Kolchose und Sowchose um ein Vielfaches übersteigt. 20 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion, so zeigt sich, befindet sich die russische Landwirtschaft noch immer in einem Prozess schneller und tief greifender Umbrüche, deren Ergebnis bislang nicht abzusehen ist.

Kontinuitäten und Brüche

Die Abkehr von der Zentralplanwirtschaft und der allgemeine wirtschaftliche Niedergang stürzten den ländlichen Raum in Russland in eine Krise, für welche die Privatisierung der Kolchose und Sowchose keine ursächliche Rolle spielte. Vielmehr fehlten die Absatzmärkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse und viele Betriebe, die sich nicht in absoluten Gunstgebieten befanden, mussten ihre Produktion stark reduzieren, da Dünger, Kraftstoffe, Ersatzteile und andere Inputfaktoren angesichts der wachsenden Diskrepanz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen unerschwinglich wurden (vgl. Abb. 1). Auf dem Höhepunkt der Krise konnten dann in der Landwirtschaft nicht nur keine Löhne mehr bezahlt werden, sondern es blieben auch die für den überalterten ländlichen Raum so wichtigen staatlichen Rentenzahlungen immer wieder über Monate hinweg aus.

In dieser Situation änderte sich die Wirtschaftsweise im ländlichen Raum tief greifend und in eine Richtung, die von vielen Betroffenen als ein Rückfall in die Naturalwirtschaft empfunden wurde. Die früheren Kolchosarbeiter und jetzigen Anteilseigner konzentrierten sich ganz auf ihre Nebenerwerbshofwirtschaften und viele Haushalte verwendeten einen Teil des ihnen zustehenden ehemaligen Kolchoslandes, um ihre individuell genutzten Flächen zu erweitern. Ihre Anteile an den Betrieben berechtigten sie zur Inanspruchnahme verschiedener Dienstleistungen – vom Pflügen der privaten Parzellen bis hin zur veterinärärztlichen Untersuchung des privaten Viehs – und ermöglichten so eine landwirtschaftliche Produktion, die zumindest das subsistente Überleben sicherte. Gleichzeitig mussten sich die Betriebe um die Instandhaltung der Infrastruktur (Straßen, Was-

serleitungen, Stromnetz, Schulen, Kindergärten, dörfliches Kulturzentrum, Fahrdienstleistungen, medizinische Grundversorgung etc.) im ländlichen Raum kümmern, für die den chronisch unterfinanzierten Gemeindeverwaltungen die Ressourcen fehlten – eine Aufgabe, der hohe Priorität eingeräumt wurde, da der Kreis der Nutzer dieser Infrastruktur ja mit dem der Eigentümer des Betriebes identisch war. Das Ergebnis waren massive Produktionsrückgänge bei den Großbetrieben bei konstantem oder sogar leicht steigendem Output der Hofwirtschaften ihrer Beschäftigten (vgl. Abb. 2). Da die Busverbindungen in die Kreiszentren aus Kostengründen stark eingeschränkt oder völlig eingestellt wurden, empfanden insbesondere die Bewohner abgelegenerer Regionen in Ungunsträumen den ländlichen Raum immer stärker als ein »Kolchos-Archipel«: ein Patchwork semi-autonomer Territorien, auf denen es jeweils nur einen einzigen Arbeitgeber gab, von dem die gesamte auf dem Territorium lebende Bevölkerung existenziell abhing, der sich um die Infrastruktur kümmerte, auch politisch-administrative Funktionen übernahm und von außen weder entscheidend kontrolliert noch unterstützt wurde.

Angesichts der großen regionalen Unterschiede in Bezug auf die agrarökologischen Voraussetzungen, die Anbindung an Absatzmärkte, die Produktionsspezialisierung und nicht zuletzt die Fähigkeiten und Kontakte der jeweiligen Betriebsleitungen müsste diese Darstellung sicherlich differenziert werden. Doch es ist wichtig, sich das allgemeine Bild der Ausgangssituation in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre vor Augen zu halten, um nachvollziehen zu können, wie vielseitig die Veränderungen waren, mit denen die Bevölkerung im ländlichen Raum in den letzten zehn Jahren konfrontiert war:

Erste positive Impulse für die Landwirtschaft gingen bereits von der Finanz- und Bankenkrise des Jahres 1998 aus. Zu diesem Zeitpunkt schrieben 85 % der restrukturierten Großbetriebe nicht nur rote Zahlen, sondern waren faktisch zahlungsunfähig. Die massive Abwertung des Rubels um über 60 % innerhalb weniger Monate verteuerte Agrarimporte aus dem westlichen Ausland und führte zu einer Verlagerung der Nachfrage hin zu russischen Lebensmitteln. Zudem hatte sich bereits seit Mitte der 1990er Jahre angedeutet, dass das Vertrauen der Verbraucher in heimische Produkte wieder zunahm. Diese verloren das Image schlechter Qualität und die russische Lebensmittelwerbung knüpfte erfolgreich an den neuen Nationalismuskurs an.

Für die Veränderungen wesentlich wichtiger waren aber die Konsolidierung der russischen Staatsfinanzen sowie die Stärkung der Kontrolle des Zentrums über die Regionen unter Präsident Putin. Damit waren für die föderale Ebene die Voraussetzungen gegeben, im ländlichen Raum eine aktivere Rolle spielen zu können. Die im Rahmen eines Aktionsplans für die Jahre 2001 bis 2010 ergriffenen Maßnahmen spiegeln die Prioritäten einer neuen Agrarpolitik wider: Restrukturierung der Schulden der Betriebe, eine aktive und flexible Zollpolitik, Auflegung eines Programms zur Vergabe zinsvergünstigter Kredite an die Produzenten sowie die Einrichtung eines Fonds für Kredite zum Erwerb von Landwirtschaftstechnik gehörten zu den wichtigsten Elementen. Schon im Herbst 2000 wurde die Agrarbank Rosselchosbank gegründet und 2003 konnten an 3374 Großbetriebe Kredite mit einem Gesamtvolumen von 377 Millionen Euro vergeben werden. Die Regierung begann damit, die Getreidepreise durch Auf- bzw. Verkäufe zu stabilisieren, und im Juli 2002 unterzeichnete Präsident Putin ein Gesetz zur »Umwandlung der Schulden von Agrarproduzenten«, das bis 2004 die Abschreibung von Verbindlichkeiten in Höhe von 812 Millionen Euro und die Restrukturierung von weiteren 1,68 Milliarden Euro Schulden ermöglichte (vgl. Abb. 3). Weitere allgemeine Förderprogramme (2006–2007 sowie 2008–2012) sowie ein speziell für privatbäuerliche Betriebe vorgesehenes Maßnahmenpaket 2009–2011 folgten.

Wichtig ist es dabei nicht zu übersehen, dass von den genannten Entwicklungen keineswegs alle Betriebe in gleichem Maße profitierten. Vielmehr setzte sich ein Differenzierungsprozess fort, der bereits Mitte der 1990er Jahre eingesetzt hatte und von vielen Betroffenen als »die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer« auf den Punkt gebracht wird. Er lässt sich klar anhand von Lorenzkurven zur wachsenden Ungleichverteilung von Beschäftigten, Output und anderen Indikatoren belegen (vgl. Abb. 4), schließt aber auch Merkmale wie Betriebsgrößen und -typen, Eigentumsformen

und die Produktionsspezialisierung ein. Welchen fundamentalen Wandel der Sektor als Ganzes in den letzten 20 Jahren durchlaufen hat, machen einige Indikatoren deutlich, die die russische Landwirtschaft heute kennzeichnen:

Die Gesamtproduktion hatte 2009 – je nach Erzeugnis – wieder zwischen 80 % und 100 % des Niveaus von 1992 erreicht und lag in Ausnahmefällen sogar darüber (Getreide: 90 %, Gemüse: 134 %, Kartoffeln: 79 %, Fleisch: 82 %, Milch: 69 %). Große Flächen sind jedoch brach gefallen und verbuschen; die mit Ackerfrüchten bebaute Fläche betrug 2010 nur 75 Millionen Hektar gegenüber 115 Millionen Hektar im Jahr 1992.

Während damals 67 % der Produktion aus Großbetrieben und nur 32 % von den privaten Hofwirtschaften stammte, haben sich diese Anteile bis 2010 stark verschoben: Nun kommen 44 % aus Großbetrieben, 49 % von den Hofwirtschaften und 7 % von privatbäuerlichen Betrieben. Die Großbetriebe bewirtschaften aber 75 % der Ackerfläche, die Hofwirtschaften hingegen nur 4,7 % und die privatbäuerlichen Betriebe 21 %.

Während über die gesamten 1990er Jahre hinweg die Entwicklung der privatbäuerlichen Betriebe weit hinter den Erwartungen zurückblieb, erleben diese in den letzten Jahren einen regelrechten Boom und haben ihren Output seit dem Jahr 2000 vervierfacht (vgl. Wegner 2009, 2011).

Angaben zu Beschäftigtenzahlen in der Landwirtschaft sind aus verschiedenen Gründen wenig zuverlässig, zeigen aber eindrucksvoll einen Trend, der im ländlichen Raum tiefe Spuren hinterlassen hat: 1990 waren 8,3 Millionen Personen in den Großbetrieben beschäftigt, 2006 waren es nur mehr 2,2 Millionen.

Nach außen ließen die jüngsten Entwicklungen immer deutlicher sichtbar werden, welche Betriebe für externe Investoren potenziell interessant sein könnten; sie schufen damit eine wichtige Voraussetzung für den vielleicht prägendsten jüngeren Veränderungsprozess im ländlichen Raum Russlands: die Aggregation immer größerer Flächen im Besitz von Großinvestoren, die bislang oft gar nicht in der Landwirtschaft aktiv waren und zum Teil auch aus dem Ausland kommen.

Das neue Interesse an Agrarland: Großinvestoren in der russischen Landwirtschaft

Im Gegensatz zu anderen Großregionen – vor allem Afrika und Lateinamerika – hat das Thema »Landkäufe durch Großinvestoren« im postsowjetischen Raum bisher eher wenig Beachtung gefunden. Dabei ist es angesichts des zunehmenden globalen Wettbewerbs zwischen »Teller, Trog und Tank« (van de Sand 2011: 4) wenig erstaunlich, dass auch Gunstgebiete in Russland, der

Ukraine und Kasachstan in den Blick von Investoren geraten. Ausdruck wie auch zusätzlicher Impuls dieser Tendenz war der rasante Anstieg der Weltmarktpreise für Lebensmittel in den Jahren 2007/08 (vgl. Abb. 5), für den eine gestiegene Nachfrage ebenso verantwortlich war wie Missernten, spekulative Preiserwartungen und der zunehmende Flächenanspruch für den Anbau von Biotreibstoffen (vgl. Deininger 2011: 217f; Visser/Spoor 2011: 299f). Landwirtschaftliche Flächen werden damit weltweit verstärkt als begehrtes Gut wahrgenommen und die Boden- und Agrarmärkte haben für eine Reihe ganz unterschiedlicher Akteure neue Relevanz gewonnen: Nationalstaaten sehen sie im Kontext von Ressourcensicherung/Ernährungssicherheit, wofür Russlands 2010 verabschiedete »Doktrin zur Ernährungssicherheit« ein gutes Beispiel ist, börsenorientierte Unternehmen vermuten renditeträchtige Investitionsmöglichkeiten und die Weltbank hofft auf neue Entwicklungspotentiale für ländliche Räume.

Neben dem globalen Boom von Investitionen in Agrarland sind die Dynamiken in Russland durch einige Eigenheiten gekennzeichnet. International wird das Land als hoch attraktiv eingeschätzt, da es im Vergleich zu anderen Staaten wie beispielsweise Brasilien angesichts der niedrigen Hektarpreise für Agrarland ein ausgeprägtes »mispricing of risk« gäbe (Shirley 2011: 36; vgl. Abb. 6). Es sind – teils ungenutzt – landwirtschaftliche Flächen in riesigem Ausmaß vorhanden und zudem wird in der russischen Landwirtschaft ein großer Absatzmarkt für landwirtschaftliche Technik gesehen (Popova 2008; World Bank 2010: 27).

Verlässliche Zahlen zu Art und Umfang der Aktivitäten von Großinvestoren sind nur schwer erhältlich und noch schwerer zu interpretieren, da die gängigen Klassifikationen und Aggregate wenig hilfreich sind. Beschränkt man sich auf nicht-staatliche Holdings, so wird beispielsweise das Unternehmen Gazprom mit knapp 300.000 Hektar Land nicht berücksichtigt, da sich die Gazprom-Aktien zu über 50% in Staatsbesitz befinden, was in vieler Hinsicht zu irreführenden Ergebnissen führt. Schließt man in eine Analyse jedoch alle Agro-Holdings ein, so erfasst man damit beispielsweise auch die Russische Akademie für Agrarwissenschaften, die mit über 550.000 Hektar der größte föderale Eigentümer von Agrarland, aber kein »Investor« ist (Usun u. a. 2009: 133ff). Die Aktivitäten ausländischer Käufer und Pächter sind noch schwerer abzuschätzen, da diese einerseits häufig über Tochterfirmen agieren und andererseits russische Investoren nicht selten ihren Firmensitz in Zypern haben und deshalb in der Kategorie »ausländische Unternehmen« erfasst sind.

Insgesamt besitzen Agroholdings in Russland derzeit ca. 17 Millionen Hektar oder knapp 20% aller von

Groß- und Mittelbetrieben genutzten Flächen (86 Millionen Hektar laut dem von Usun u. a. (2009) verwendeten Unternehmensregister; Rosstat geht hier von 125 Millionen Hektar aus) und sie beschäftigen einen ebenso großen Anteil der Erwerbstätigen. Zieht man davon alle als »staatlich« klassifizierten Betriebe ab, so sind es immerhin noch 10 % der Fläche und der Beschäftigten (Usun u. a. 2009: 160). Im Schwarzerdegebiet, dem zentralen russischen Gunstraum, werden jedoch – je nach Quelle – bereits zwischen 25 % (Didenko 2009: 16) bzw. sogar 40–45 % (Korbut 2010: 22) der Flächen von Agroholdings bewirtschaftet. Investitionen aus dem Ausland sind dabei in den letzten Jahren rasant gestiegen (Ustinova 2010; vgl. Abb. 7).

Die Interessenlagen und Organisationsstrukturen der in großem Maßstab in Agrarland investierenden Unternehmen sind höchst unterschiedlich. In einer ersten Annäherung können fünf Typen unterschieden werden, die sich in vielen Fällen nicht scharf voneinander abgrenzen lassen:

- Unternehmen, die von Anfang an börsennotiert waren und – wie beispielsweise Gazprom – ursprünglich nicht aus der Landwirtschaft kommen. Ihnen geht es vor allem um eine möglichst hohe Rendite ihrer Investition.
- Verarbeitende Betriebe, die expandieren, ihre Zulieferer aufkaufen und sich so eine stabile Produktionsbasis sichern wollen.
- Ehemalige Kollektivbetriebe, die expandieren und Flächen zukaufen.
- Neuanfänger in der russischen Landwirtschaft oder kleinbäuerliche Betriebe, die erfolgreich wachsen, wie das mittlerweile international bekannte deutsch-russische Agrarunternehmen Ekoniva.
- Investoren, die nur temporär Geld parken, auf Baulandausweisungen spekulieren o. ä.

Eine erste Hürde stellt in vielen Fällen der Prozess des Landerwerbs selbst dar, unabhängig davon, ob es um Eigentum oder um Pacht bis maximal 49 Jahre geht. Sofern es einem Investor nicht gelingt, einen kompletten Betrieb mit dem zugehörigen Agrarland zu übernehmen, bleibt nur der Weg über Verhandlungen mit den einzelnen Anteilseignern bzw. Beschäftigten. Ersteres birgt das Risiko, dass bereits vor langer Zeit – insbesondere in den 1990er Jahren – vorgeschriebene Privatisierungs- und Registrierungsverfahren rechtlich nicht einwandfrei durchgeführt worden sind, so dass der Kauf nachträglich wieder angefochten werden kann. Letzteres ist aus der Sicht eines Investors ebenfalls nicht unproblematisch, denn die Flächen der ehemaligen Kolchose sind zwar privatisiert, aber nur in Ausnahmefällen wurden die 3 bis 6 Hektar großen Einzelparzellen auch in natura ausgewiesen. Maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidung, wo

die Ausweisung konkret erfolgt und ob die Einzelparzellen zu einem großen Block arrondiert werden, kann ein Investor aber erst dann nehmen, wenn er die Stimmenmehrheit in der Versammlung aller Anteilseigner hat. Potenzielle Käufer müssen sich deshalb mit den Interessen der ehemaligen Betriebsleiter, der Gemeindevverwaltung und einzelner Anteilseigner auseinandersetzen, die oft fürchten, zu »Sklaven auf dem eigenen Land« zu werden. Für ausländische Investoren kommt erschwerend hinzu, dass ihnen der Erwerb von Agrarland in Russland nicht erlaubt ist und sie deshalb Tochterfirmen gründen bzw. Anteile an russischen Unternehmen erwerben müssen – oder eben nur pachten können.

Im internationalen Kontext sind Landkäufe durch – insbesondere ausländische – Großinvestoren unter dem Begriff »landgrabbing« massiv in die Kritik geraten: Die Verträge würden oft in ungleichen Verhandlungssituationen geschlossen, informelle politische Einflussnahme sei die Regel, die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung würden vernachlässigt, die Konzentration auf den Anbau von Cash Crops könne die Nahrungsmittelknappheit vor Ort verschärfen und zu Preissteigerungen beitragen und Großinvestoren fehle das Interesse an einer auch ökologisch nachhaltigen Bewirtschaftung. Im ländlichen Raum Russlands, wo die wirtschaftliche Situation ganzer Landkreise primär von der Landwirtschaft abhängt, könnte demzufolge in Analogie zum »Kolchos-Archipel« nun ein »Investoren-Archipel« entstehen – eine Insellandschaft territorialer Einheiten, in

denen ökonomische ebenso wie politische Entscheidungen faktisch von einzelnen Investoren getroffen werden, die damit in einem sehr umfassenden Sinn über die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum bestimmen würden. Darauf, dass eine pauschale Bewertung der Situation jedoch nicht möglich ist, verweisen bereits die Verschiedenheit der Investoren und ihrer Vorgehensweisen. In vielen Fällen bringen sie dringend nötiges Kapital und Know How, mitunter stabilisieren sie die Beschäftigungssituation und zahlen höhere Löhne als die restrukturierten Kolchose. Doch der Umstand, dass vorwiegend nicht-lokale gewinnorientierte Unternehmen beginnen, einflussreiche Positionen einzunehmen, kann sich schnell als problematisch erweisen. Lokale politische Dominanz sowie die Gefahr eines plötzlichen Rückzugs, falls sich die Renditeerwartungen nicht erfüllen, bleiben Risiken mit potenziell fatalen Folgen für die Bewohner des ländlichen Raums. Dass diese Risiken durchaus real sind, zeigt das Beispiel Agro-Invest, der russischen Tochter von Black Earth Farming, die derzeit ca. 300.000 Hektar Land besitzt: Trotz erheblicher Investitionen und einem Betriebsvermögen (Land, Gebäude, Maschinen usw.) in Höhe von ca. \$ 200 Millionen verbucht das Unternehmen aus dem operationalen Geschäft seit Jahren Verluste – 2010 in Höhe von \$ 40.000 (Black Earth Farming 2010) – und löste in manchen Regionen bereits Befürchtungen vor der Aufgabe der erst jüngst erworbenen Betriebe aus.

Über die Autoren:

Peter Lindner ist Professor für Allgemeine Wirtschaftsgeographie am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Globalisierungs- und Transformationsforschung sowie *Marketization Studies*. Mit einer Arbeit über den »Kolchos-Archipel im Privatisierungsprozess« hat er im Jahr 2007 habilitiert.

Alexander Vorbrugg ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität Frankfurt. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich derzeit mit ökonomischen und politischen Wandlungsprozessen im ländlichen Russland.

Quellen

Alle verwendeten Zahlen und Statistiken ohne expliziten Quellenverweis stammen aus:

- Rosstat (Hg.). versch. Jg. *Finansy Rossii: Statistitscheski sbornik* [Die Finanzen Russlands. Statistisches Jahrbuch]. Moskau.
- Rosstat (Hg.). versch. Jg. *Rossijski statistitscheski eschegodnik* [Russisches Statistisches Jahrbuch]. Moskau.
- Rosstat (Hg.). versch. Jg. *Rossija w zifrach* [Russland in Zahlen]. Moskau.
- Usun, Wasili Jakimowitsch u. a. 2009. *Tendenzii raswitija i mekhanizmy wsaimodeistwija krupnogo i malogo bisnesa w agropromyslennom komplekse* [Entwicklungstendenzen und Mechanismen des Zusammenwirkens von Groß- und Kleinunternehmern im agroindustriellen Komplex] (=Nautschnye Trudy; Wypusk 24). Moskau.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

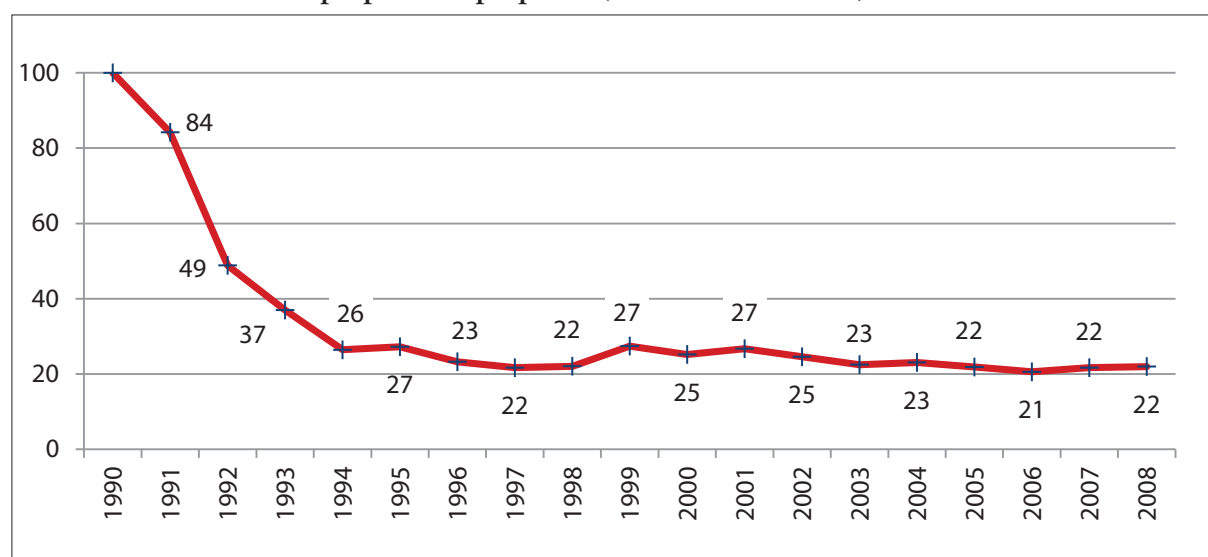
Zitierte Literatur

- Black Earth Farming (Hg.). 2010. Year End Report 1 January – 31 December 2010. o. O.
- Deininger, Klaus und Derek Byerlee. 2011. Rising Global Interest in Farmland: Can It Yield Sustainable and Equitable Benefits? (=Agriculture and Rural Development). Washington.
- Didenko, Leonid. 2009. Pjat hektarow – i korowa [Fünf Hektar – und eine Kuh]. In: Kommersant Guide 16 (2009), 30. Januar 2009, <http://www.kommersant.ru/personal/pdocs.aspx?docsid=1109596>.
- Korbut, Alexandr. 2010. Situation, Potential und Perspektiven der Entwicklung der Erzeugung, Aufarbeitung und Lagerung von Getreide in Russland. Berlin/Moskau.
- Popova, Nadia. 2008. Farmers look at soaring food prices and sigh. In: The Moscow Times, 19. Juni 2008.
- Shirley, Andrew. 2011. How the land lies: Agricultural land is once again attracting global investors. In: The Wealth Report, 2011. S. 34–37.
- Ustinova, Jenia. 2010. Time is ripe to develop agribusiness in Russia. In: The Moscow Times, 13. September 2010.
- Usun, Wasili Jakimowitsch u. a. 2009. Tendenzii raswitija i mechanizmy wsaimodeistwija krupnogo i malogo bisnesa w agropromyslennom komplekse [Entwicklungstendenzen und Mechanismen des Zusammenwirkens von Groß- und Kleinunternehmern im agroindustriellen Komplex] (=Nautschnye Trudy; Wypusk 24). Moskau.
- van de Sand, Klemens. 2011. Wettbewerb zwischen Teller, Trog und Tank nimmt zu: Neue Trendanalyse zur globalen Ernährungssicherheit. In: Weitblick 3, 2011. S. 4.
- Visser, Oane und Max Spoor. 2011. Land grabbing in post-Soviet Eurasia: The world's largest agricultural land reserves at stake. In: Journal of Peasant Studies 38 (2011, 2). S. 299–323.
- Wegren, Stephen K. 2009. Das Lebensmittelproblem der russischen Landwirtschaft. In: Russland-Analysen (2009, 178). S. 10–20, <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen178.pdf>.
- Wegren, Stephen K. 2011. Investment trends in Russian agriculture. In: Russian Analytical Digest (2011, 99). S. 9–13, <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/details.cfm?lng=en&id=131042>.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

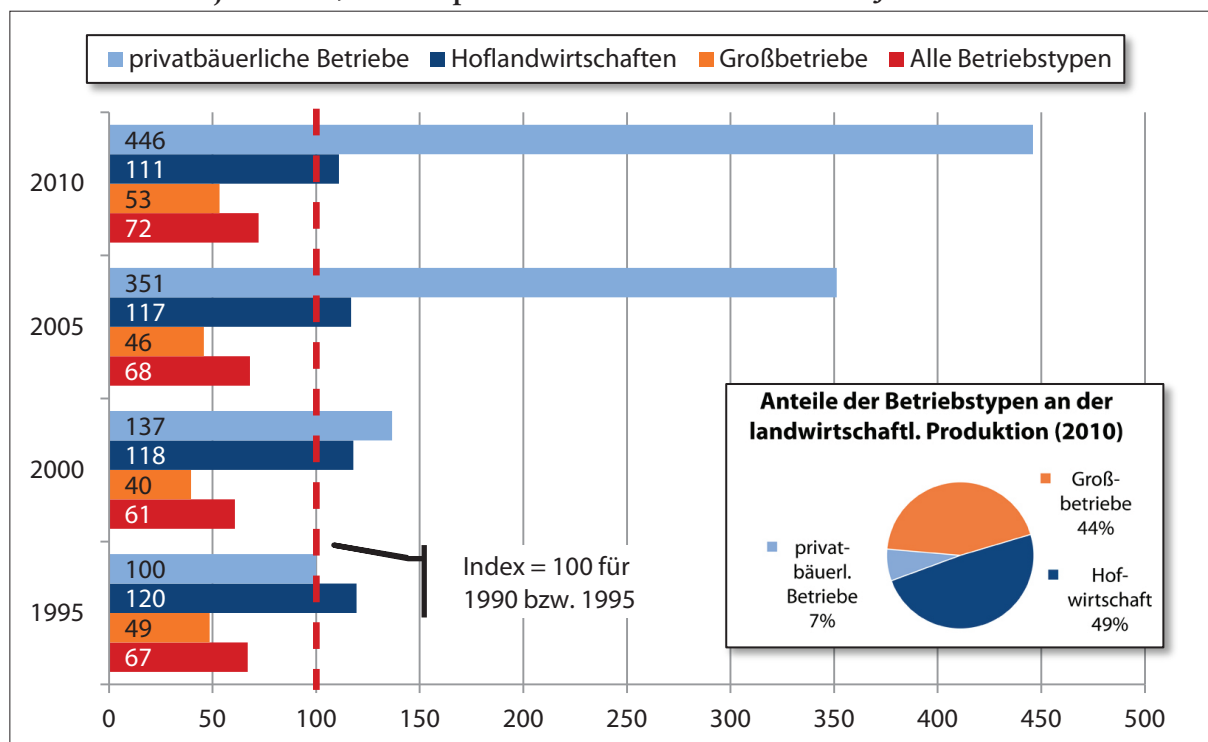
Statistiken zur Entwicklung der russischen Landwirtschaft

Abb. 1: Veränderung landwirtschaftlicher Out- und Inputpreise 1990–2008
Relation Outputpreise/Inputpreise (indiziert, 1990=100)



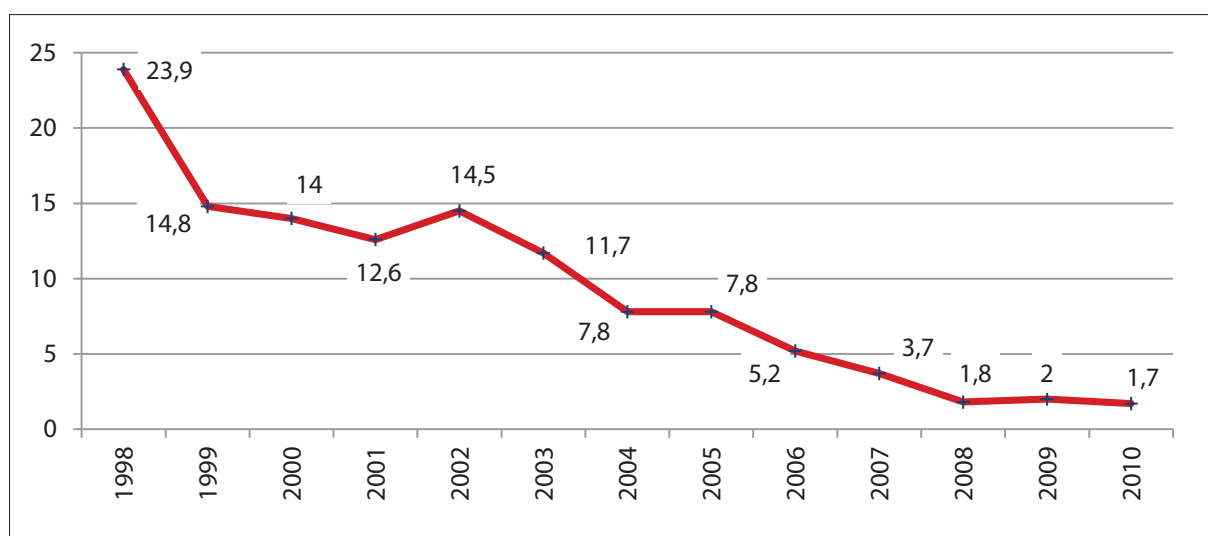
Quellen: OECD 1998: *Review of Agricultural Policies: Russian Federation*. Paris; Csaki, C. u. a. 2002: *Food and Agricultural Policy in Russia: Progress to Date and the Road Forward*. Washington D.C.; Goskomstat (verschiedene Jahrgänge): *Sel'skoje chosjaistwo, ocho-ta i lesowodstwo w Rossii* [Landwirtschaft, Jagd und Forstwirtschaft in Russland]. Moskau; eigene Berechnung.

Abb. 2: Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion nach Betriebstypen in % zum Basisjahr 1990, bei den privatbäuerlichen Betrieben zum Jahr 1995



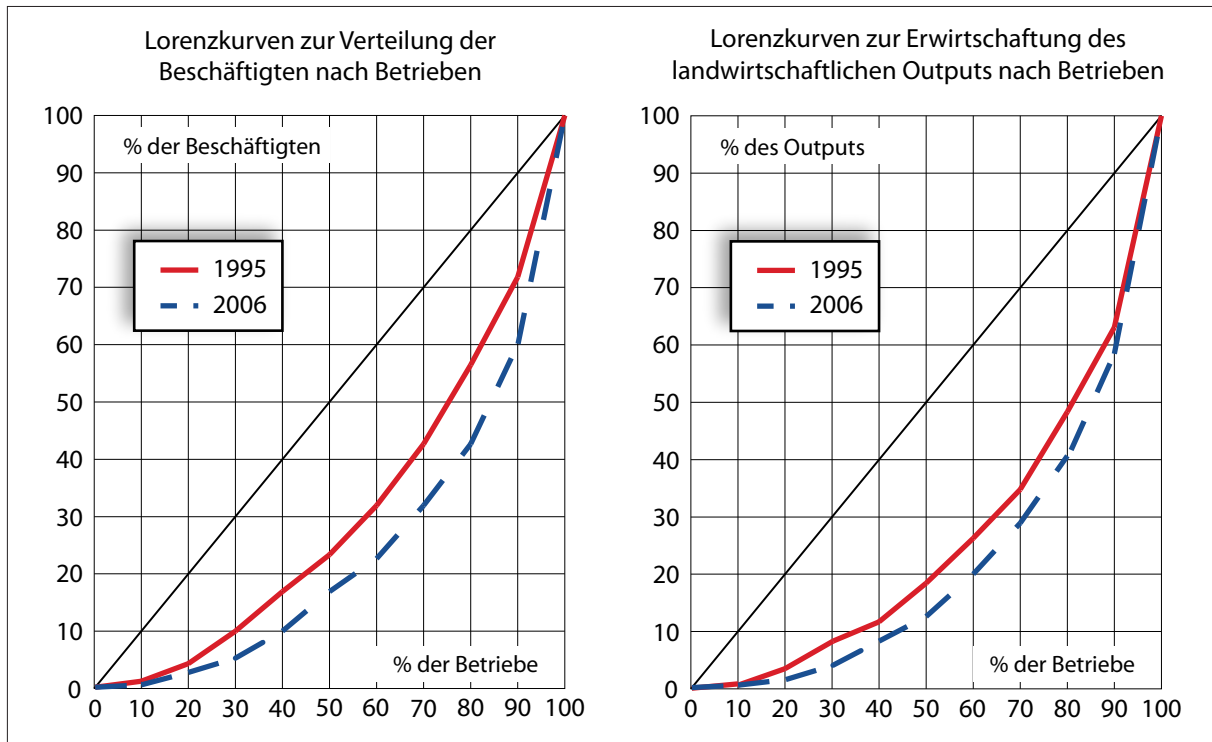
Quellen: Goskomstat (verschiedene Jahrgänge): *Rossija w zifrach [Russland in Zahlen]*. Moskau; Goskomstat (verschiedene Jahrgänge): *Sel'skoje chosjaistwo, ochota i lesowodstwo w Rossii [Landwirtschaft, Jagd und Forstwirtschaft in Russland]*. Moskau; Weltbank o.J.: *Russian Federation*: <http://data.worldbank.org/country/russian-federation> (Zugriff 11.11.2011); eigene Berechnungen.

Abb. 3: Entwicklung der Zahl unprofitabler Agrarbetriebe (Anzahl der Betriebe in Tsd.)



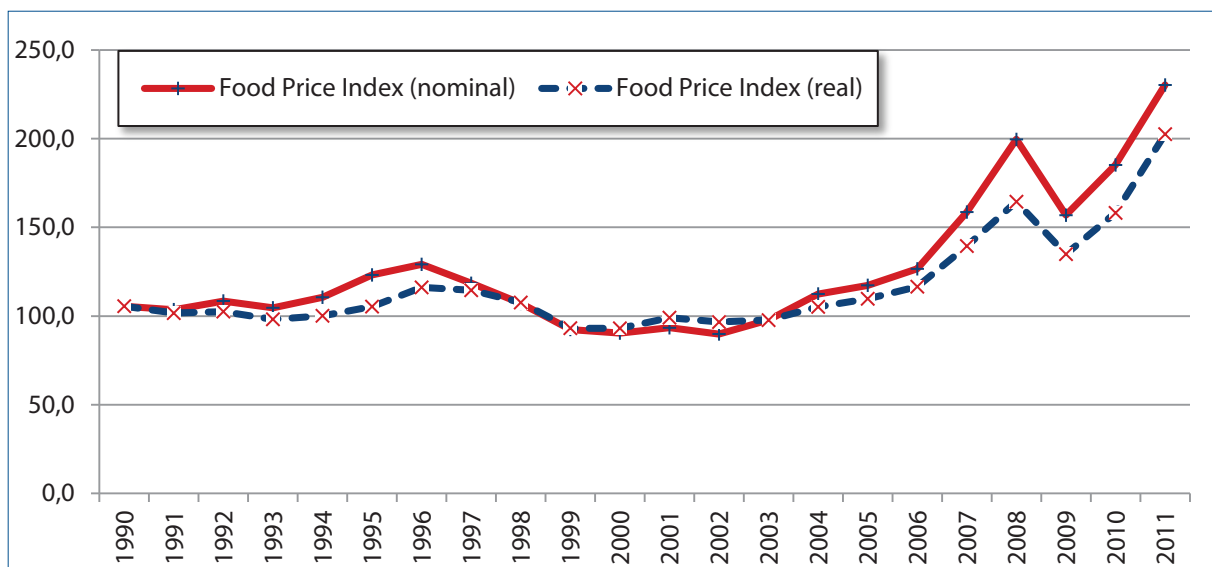
Quelle: Goskomstat (verschiedene Jahrgänge): *Osnownyje pokazateli sel'skogo chosjaistwa w Rossii*. Moskau.

Abb. 4: Zunehmende Ungleichheit zwischen den Betrieben, Veränderung zwischen 1995 und 2006



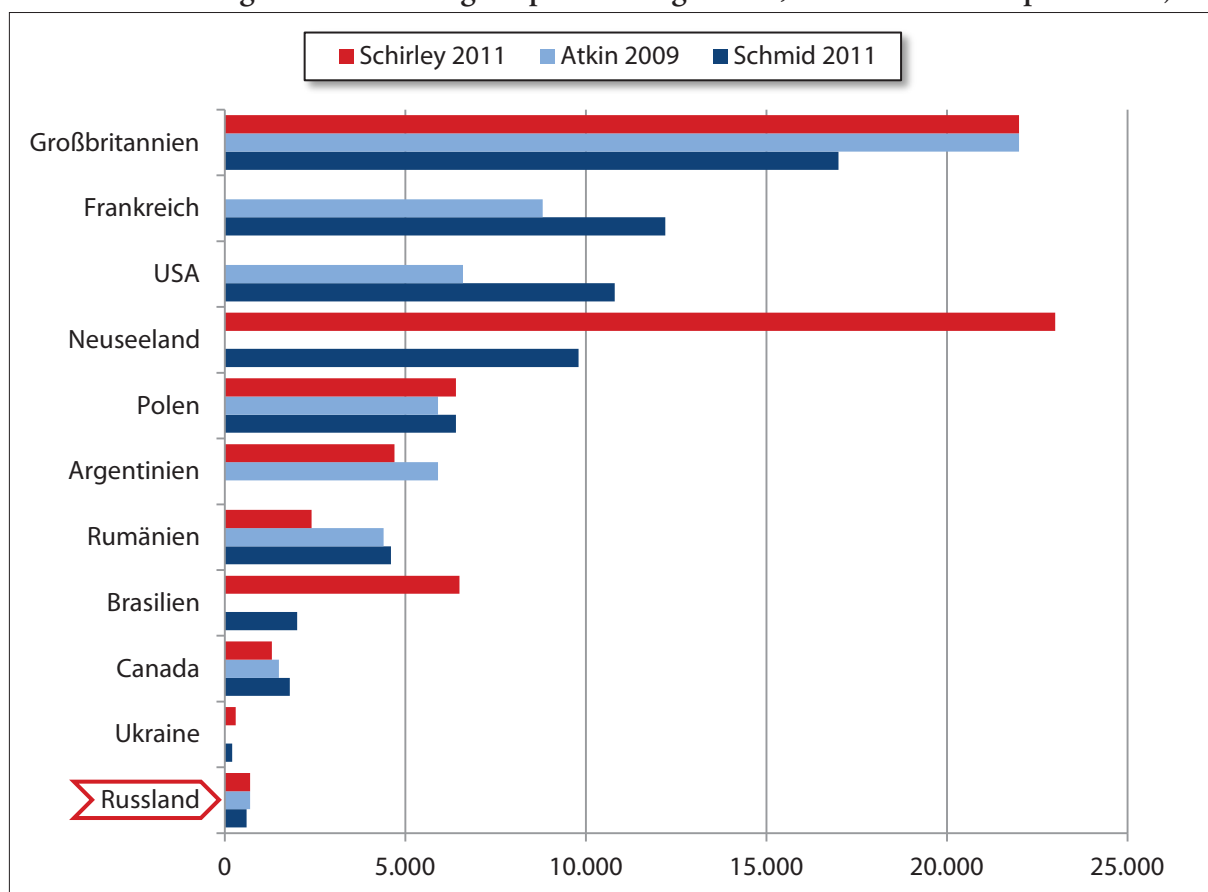
Quelle: Usun, W. u. a. 2009. Tendenzii raswitija i mehanizmy wsaimodeistwija krupnogo i malogo bisnesa w agropromyslennom komplekse [Entwicklungstendenzen und Mechanismen des Zusammenwirkens von Groß- und Kleinunternehmern im agroindustriellen Komplex]. Moskau. S. 21f.

Abb. 5: Entwicklung der Preise für Nahrungsmittel (FAO Nahrungsmittelpreisindex), 2002–2004 = 100



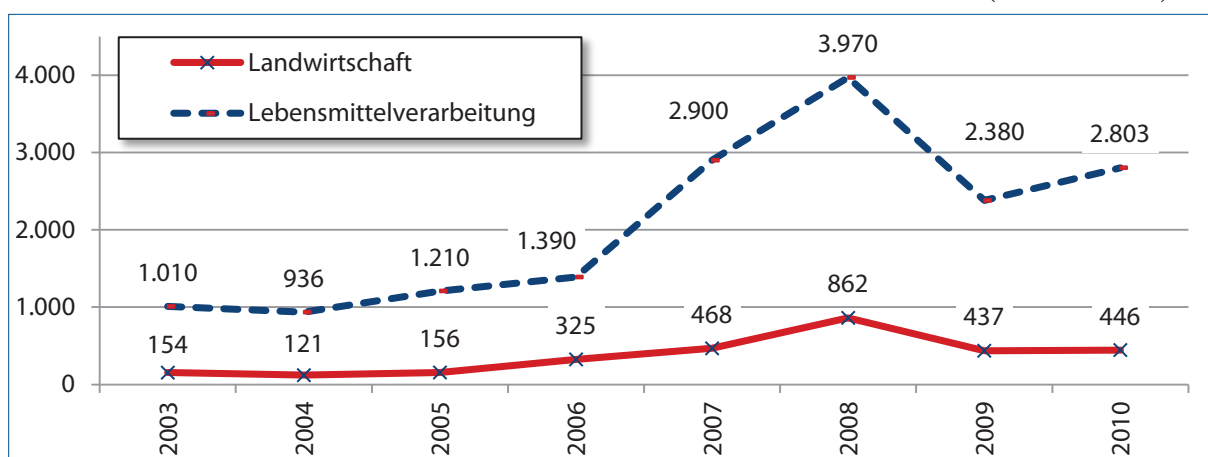
Quelle: FAO o.J.: Food Price Index: <http://www.fao.org/worldfoodsituation/wfs-home/foodpricesindex/en> (Zugriff 10.11.2011).

Abb. 6: Preise für Agrarland im internationalen Vergleich (unterschiedliche Quellen im Vergleich; Preisangaben aus den Originalquellen teils gemittelt, alle Preise in USD pro Hektar.)



Quellen: Atkin, C. 2009: *Investment in Farmland and Farming in Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union*. In: Kugelmann, M.; Levenstein, S.; Atkin, C.: *Land grab? The race for the world's farmland*. Washington. S. 113; Schmid, M. 2011: *Investieren in Agrarmärkte – wo liegen die Chancen für Investoren in Osteuropa!? Vortrag auf der Tagung: Perspektiven für Investoren auf den Agrarmärkten in Russland und der Ukraine*. Frankfurt a.M. 29. September 2011; Shirley, A. 2011: *How the land lies*. In: Knight Frank: *The Wealth Report*. London. S. 37.

Abb. 7: Ausländische Direktinvestitionen in die russische Landwirtschaft (in Mio. USD)



Anm: Aufgrund veränderter Kategorien in entsprechenden Datenreihen ist die Berücksichtigung des Zeitraumes vor 2003 nicht möglich.
Quelle: Goskomstat (verschiedene Jahrgänge): *Rossija w zifrach [Russland in Zahlen]*. Moskau

Die Struktur der Parteilisten zu den Dumawahlen 2011

Arkadij Ljubarew, Moskau

Zusammenfassung

Bei den Dumawahlen gilt das Verhältniswahlrecht, das heißt die Parteien stellen für das gesamte Land eine Wahlliste auf und erhalten entsprechend ihres Anteils an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen Abgeordnetensitze im Parlament. Der folgende Beitrag stellt die Regelungen für die Kandidatenlisten vor und analysiert die Struktur der Kandidatenlisten für die anstehenden Dumawahlen.

Einleitung

Bei nationalen Wahlen stellen die russischen Parteien auf nationaler Ebene Kandidatenlisten auf. Diese müssen jedoch in einen zentralen Teil und regionale Kandidatengruppen gegliedert sein, die wiederum jeweils einem bestimmten Gebiet (einer Region, einer Teilregion oder einer Gruppe von Regionen) entsprechen sollen. Die Gebiete, nach denen die regionalen Kandidatengruppen der Liste gebildet werden, sind unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben von den Parteien selbst fest zu legen.

Rechtliche Regelung

Zu den grundlegenden gesetzlichen Bestimmungen, nach denen bei der Dumawahl 2011 die Parteilisten zu erstellen sind, gehören:

- der zentrale Teil der Parteiliste darf nicht mehr als zehn Kandidaten umfassen;
- die Liste muss mindestens 70 regionale Kandidatengruppen enthalten;
- Regionen mit mehr als 1,3 Millionen Wählern können auf den Listen in Gruppen unterteilt werden; die Grenzen der Gebiete, nach denen die einzelnen Gruppen gebildet werden können, werden per Beschluss der Zentralen Wahlkommission festgelegt; jedes Gebiet soll 650.000 oder geringfügig mehr Wähler haben; eine regionale Kandidatengruppe kann eines oder aber mehrere dieser Gebiete repräsentieren;
- wenn mehrere Regionen durch eine einzige Kandidatengruppe repräsentiert werden sollen, darf die Gesamtzahl der Wähler in diesen Gebieten 3 Millionen nicht übersteigen;
- die regionalen Kandidatengruppen müssen zusammengefasst alle Regionen, also alle Föderationssubjekte der Russischen Föderation abdecken;
- es ist verboten regionale Kandidatengruppen für nicht aneinander grenzende Gebiete aufzustellen, mit der Ausnahme der Exklave Kaliningrader Gebiet.

Die Russische Föderation besteht zurzeit aus 83 Regionen, wobei in 58 von ihnen die Zahl der Wähler unter 1,3 Millionen liegt. Also können nur 25 Regionen in

mehrere Gebiete unterteilt werden. Die Zentrale Wahlkommission hat dem Gesetz entsprechend diese Gebiete festgelegt, es sind 93. Somit beträgt die Höchstzahl der regionalen Kandidatengruppen, in die eine Parteiliste untergliedert werden kann, 151.

Die Rolle der regionalen Gruppen

Bei den meisten Parteien besteht der zentraler Teil ihrer Liste aus der zulässigen Höchstzahl von zehn Kandidaten. Es gibt zwei Ausnahmen: Bei »Gerechtes Russland« besteht der zentrale Teil der Liste aus acht Kandidaten, bei »Einiges Russland« ist es nur einer, Präsident Dmitrij Medwedew. Die Anzahl der regionalen Kandidatengruppen und die Wählerzahlen in den Gebieten sind in Tabelle 1 auf S. 12 aufgeführt.

Wie die Tabelle zeigt, liegt bei den meisten Parteien die Zahl der Kandidatengruppen eher am unteren als am oberen Limit, wobei ein großer Teil der Parteien weniger als 80 regionale Gruppen gebildet hat (2007 hatte die erforderliche Mindestzahl der regionalen Kandidatengruppen noch 80 betragen). Dies bestätigt unsere Einschätzung, dass die 2007 geltende Beschränkung zu streng war. Gleichzeitig sind wir der Ansicht, dass die Mindestzahl von 70 immer noch zu hoch ist, und dass die meisten Parteien bei einer geringeren Mindestzahl auch weniger regionale Kandidatengruppen aufstellen würden.

Die Untergliederung der Kandidatenliste in regionale Gruppen kann zwei positive Effekte haben. Erstens sorgt sie für eine größere Wählernähe der Kandidaten. Dies wird jedoch nur dann in vollem Umfang erreicht, wenn auf jede Kandidatengruppe zumindest ein Mandat entfällt. Anderenfalls hätte ein Teil der Wähler, und manchmal gar ein bedeutender Teil, zwar einen eigenen Kandidaten auf der Liste, aber anschließend trotzdem keinen »eigenen« Abgeordneten im Parlament.

Damit jedoch auf jede regionale Kandidatengruppe mindestens ein Mandat entfällt, muss eine Partei bei 10 Kandidaten im zentralen Listenteil mindestens 80 Mandate erringen, wofür sie wiederum nicht weniger als 15–16 % der Wählerstimmen benötigt. Bei den bevorstehenden Wahlen können nur zwei Parteien auf ein

solches Ergebnis hoffen: Nach jüngsten Prognosen des russischen Meinungsforschungsinstituts WCIOM wird »Einiges Russland« über 250 Mandate erringen, während der KPRF 85 Mandate vorausgesagt werden. Die anderen beiden Parteien, die nach Einschätzung des WCIOM die 7%-Hürde überspringen werden, nämlich die LDPR und »Gerechtes Russland«, werden weniger Stimmen erhalten und so werden die Mandate dieser Parteien offensichtlich nicht für alle regionalen Gruppen reichen. Doch auch bei der KPRF werden nicht auf alle regionalen Gruppen Mandate entfallen, da sich die Wählerzahlen in den entsprechen Gebieten stark voneinander unterscheiden, wie Tabelle 1 zeigt.

Zum zweiten kann die Untergliederung der Listen in regionale Gruppen das Engagement der Kandidaten im Wahlkampf stimulieren, da es sich dadurch lohnt, für ein besseres Ergebnis der Partei zu kämpfen. Dies gilt jedoch nur dann, wenn ihre Wahl oder Nichtwahl nicht bereits im Vorhinein feststeht oder wenn eine Kandidatengruppe je nach ihrem Einsatz eine unterschiedliche Zahl von Mandaten erringen kann. Eine solche Situation kann jedoch nur dann entstehen, wenn den regionalen Kandidatengruppen Gebiete mit einer annähernd gleichen Wählerzahl entsprechen. Die bestehenden Vorschriften zur Festlegung der Kandidatenlisten schließen jedoch eine in Bezug auf die Wählerzahlen gleichmäßige Unterteilung der Listen praktisch aus.

Wie Tabelle 1 zeigt, beträgt der Unterschied zwischen den Gruppen für die wählerreichsten und die wählerärmsten Gebiete mehr als das 20-fache. Die kleinsten Gruppen wurden für den Autonomen Kreis der Nenzen (32.000 Wähler), den Autonomen Kreis der Tschuktischen (36.000) und die Republik Altai (149.000) gebildet. Die Gruppen für die wählerstärksten Gebiete sind die für die Stadt Moskau (7 Mio.), die Region Krasnodar (3,8 Mio.) und die Stadt St. Petersburg (3,4 Mio.). Dabei hat die »kleinste« regionale Gruppe nur bei Einiges Russland die Aussicht – und auch hier keine hundertprozentige – ein Mandat zu erhalten. Bei den übrigen Parteien sind einige Kandidatengruppen eindeutig chancenlos, was bedeutet, dass den Kandidaten hier jeder Anreiz fehlt, sich für ein besseres Wahlergebnis einzusetzen. Andererseits können sich die großen Gruppen bei Überwindung der 7%-Hürde ihrer Mandate sicher sein, was wiederum die führenden Kandidaten dieser Gruppen kaum zu großem Engagement bewegen dürfte.

Eine Analyse zeigt, dass die KPRF, die LDPR und insbesondere Gerechtes Russland und Jabloko bemüht waren, ihre Listen so zu untergliedern, dass der Wettbewerb zwischen den jeweiligen regionalen Gruppen verstärkt wird. Wegen der zu hohen Mindestzahl an regionalen Gruppen waren diese Parteien jedoch gezwungen, in ihren Listen ein rundes Dutzend »aussichtsloser«

Gruppen zu bilden. Gleichzeitig haben sie versucht, bei einigen Dutzend anderer Gruppen einen Ausgleich der entsprechenden Wählerzahlen zu erreichen. Dies sind denn auch die Gruppen, zwischen denen effektiv ein Wettbewerb stattfinden wird.

Gerechtes Russland hat zum Beispiel versucht, möglichst viele regionale Kandidatengruppen für Gebiete mit einer Wählerzahl von 1,2 bis 2,2 Mio. festzulegen. Insgesamt konnten 40 solcher Kandidatengruppen gebildet werden, während die Parteiliste 9 Gruppen enthält, die Gebieten mit weniger als 400.000 Wählern entsprechen und keinerlei Chance haben, auch nur ein einziges Mandat zu erringen. Die Partei »Jabloko« hat den Schwerpunkt auf Gruppen von 2,5 bis 3 Mio. Wählern gelegt, von denen es in der Parteiliste nun 16 gibt, während auch in dieser Liste 9 regionale Kandidatengruppen für Gebiete mit weniger als 400.000 Wählern entstanden.

Es lässt sich daher feststellen, dass die zu hohe Mindestzahl regionaler Kandidatengruppen der Partei Einiges Russland zu Gute kommt, da nur bei dem erwarteten hohen Wahlergebnis dieser Partei alle Gruppen der Parteiliste reale Chancen auf Mandate haben.

Vorteile für Einiges Russland

Aus diesen Gesetzesbestimmungen, durch die die Kandidatengruppen im Wesentlichen einzelnen Regionen zu entsprechen haben, ergeben sich für Einiges Russland weitere Vorteile. So ist kaum eine der Parteien in der Lage, in allen Regionen überzeugende und populäre Kandidaten aufbieten zu können. Anders ist die Situation bei Einiges Russland: Als »Partei der Macht« hat sie in allen Regionen viele Vertreter der politischen, Verwaltungs- und Wirtschaftseliten in ihren Reihen.

Es ist offensichtlich, dass die verstärkte »Regionalisierung« der Parteilisten den Einfluss der jeweiligen Gouverneure auf die Besetzung der Listen erhöht. Wenn Gouverneure »ihre Leute« in den jeweiligen Kandidatenlisten von Einiges Russland platzieren, dann werden sie stark dazu motiviert, »Einiges Russland« im Wahlkampf zu unterstützen, was bereits bei den Wahlen von 2007 deutlich zum Tragen kam.

Wenn stattdessen im regionalen Teil der Liste eine Gruppe für drei bis fünf Föderationssubjekte gebildet würde, wäre es für die Gouverneure erheblich schwieriger, bestimmte Kandidaten auf bestimmte Listenplätze innerhalb einer solchen Gruppe zu hieven, und es wäre auch weniger leicht, auf das Wahlergebnis dieser Gruppe Einfluss zu nehmen.

Den Bestimmungen zu Folge, die die Aufteilung der Mandate zwischen den regionalen Kandidatengruppen einer Liste regeln, hängt der Erhalt eines Mandates von der absoluten Anzahl der Stimmen ab, die eine

Partei auf dem entsprechenden Gebiet erhalten hat. Im Zusammenwirken mit der oben beschriebenen »Regionalisierung« der Kandidatengruppen bedeutet dies einen Anreiz für die Gouverneure, für eine höhere Wahlbeteiligung zu kämpfen. Eine erhöhte Wahlbeteiligung kann auf ehrlichem Wege erreicht werden, wenn also eine erhöhte Beteiligung nicht auch mit einem höheren Stimmenanteil von Einiges Russland einhergeht, sondern lediglich die absolute Zahl der Stimmen für diese Partei steigt. Und selbst in dem Fall, dass der Stimmenanteil der »Partei der Macht« dann sinken würde – falls nämlich dadurch mehr Protestwähler zur Wahlbeteiligung ermutigt würden – stiege dennoch, und sei es in geringem Maße, die absolute Zahl der Stimmen für Einiges Russland.

Es ist jedoch klar, dass eine solche Einflussnahme dann am wirkungsvollsten ist, wenn mit der Wahlbeteiligung auch der Stimmenanteil für Einiges Russland

steigt. Bei den Wahlen 2007 war dieses Phänomen, das in beträchtlichem Maße auf Wahlfälschungen zurückzuführen ist, in den meisten Regionen zu beobachten.

In einigen gering besiedelten Regionen zeigt ein weiterer Umstand seine Wirkung. Eine einfache Rechnung zeigt, dass eine Region nur dann in der Duma repräsentiert sein kann, wenn die entsprechenden regionalen Kandidaten über die Liste einer Partei einziehen, die mindestens 200 Mandate erringt, also de facto nur über die Liste von Einiges Russland. Voraussetzung hierfür sind jedoch eine hohe Wahlbeteiligung in der Region und überdurchschnittliche Ergebnisse für die »Partei der Macht«. Daher wird ein besonderer Druck auf die regionalen Eliten ausgeübt, mit dem Ziel, dass diese geschlossen – und losgelöst von der eigenen politischen Einstellung – »Einiges Russland« unterstützen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Arkadij Ljubarew ist Doktor der Rechtswissenschaft und führender Experte der Assoziation GOLOS.

Tabelle 1: Regionale Gruppen in den Parteilisten

Partei	Anzahl der regionalen Gruppen*	Niedrigste Wählerzahl pro Gruppe, in Tsd.	Höchste Wählerzahl pro Gruppe, in Tsd.
Einiges Russland	80 (77+3+0)	149	7 056
KPRF	73 (51+14+8)	32	7 056
LDPR	82 (53+8+21)	149	3 391
Gerechtes Russland	73 (44+14+15)	32	3 391
Patrioten Russlands	83 (76+2+5)	36	7 056
Jabloko	78 (42+12+24)	36	3 840
Rechte Sache	77 (59+9+9)	36	5 549

* In den Klammern ist zuerst die Zahl der regionalen Kandidatengruppen aufgeführt, die ganzen Regionen entsprechen, dann die Zahl der Gruppen, die Gebiete aus mehreren Regionen repräsentieren und schließlich die Zahl der Gruppen, die Teilregionen entsprechen.

Quelle: Eigene Zusammenstellung des Autoren.

Die Rolle der Wahlkommissionen bei den Wahlen in Russland

Alexander Kynew, Moskau

Zusammenfassung

Die russischen Wahlkommissionen sind streng hierarchisch organisiert und fest unter der Kontrolle der politischen Führung des Landes. Der folgende Beitrag gibt im Hinblick auf die bevorstehenden Dumawahlen einen Überblick über die entsprechende rechtliche Regelung sowie die Funktionsweise der Wahlkommissionen.

Einleitung

Für das Verständnis von Parlamentswahlen in Russland stellt die spezifische Rolle der Wahlkommissionen ein überaus wichtiges Element dar. Die Wahlkommissionen sind streng hierarchisch organisiert und sind in den 2000er Jahren zu einem wahren »Wahlministerium«, zu einem festen Bestandteil der von Putin proklamierten »Vertikale der Macht« geworden, d. h. der Unterordnung der gesamten staatlichen Strukturen unter die nationale politische Führung.

Laut russischer Wahlgesetzgebung werden Wahlen formal durch die Wahlkommissionen – kollegiale, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten von den Behörden der Exekutive unabhängige Gremien – organisiert. In Wirklichkeit befinden sich die Wahlkommissionen in starker Abhängigkeit von der Exekutive und sind praktisch eine PR-Struktur der Partei »Einiges Russland«. Diese Abhängigkeit der Wahlkommissionen ergibt sich im Wesentlichen aus der Art und Weise, wie sie zusammengestellt werden.

Organisationsstruktur

In der Russischen Föderation gibt es sechs Ebenen von Wahlkommissionen:

- die Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation (russ.: ZIK RF);
- die Wahlkommissionen der Föderationssubjekte (Regionen);
- die territorialen Wahlkommissionen, die in der Regel in Landkreisen, mittelgroßen kreisfreien Städten und Verwaltungsbezirken innerhalb großer Städte gebildet werden;
- die Wahlkommissionen der Land- oder Stadtgemeinden, die jeweils in einer bestimmten Kommune gebildet werden;
- die Wahlkommissionen auf Wahlkreisebene, die bei Wahlen nach dem Mehrheitswahlrecht für Wahlkreise mit einem oder mehreren zu verteilenden Mandaten gebildet werden;
- die Wahlkommissionen in den Stimmbezirken, die am Tag der Wahl unmittelbar die Abstimmung durchführen, wobei ein Stimmbezirk bis zu 3.000 Wählern entspricht;

Die Zentrale Wahlkommission besteht laut Verfassung aus 15 Mitgliedern, von denen fünf vom Präsidenten persönlich ernannt werden, wobei er seine Entscheidung mit niemandem abzusprechen hat. Weitere fünf Mitglieder werden durch die Staatsduma ernannt, wobei jede Dumafraktion nicht mehr als einen Kandidaten für die Zentrale Wahlkommission nominieren kann. Die übrigen fünf Mitglieder werden vom Föderationsrat, dem Oberhaus des Parlaments, aus den von den regionalen Regierungen vorgeschlagenen Kandidaten ausgewählt. Seit 2005 stellt sich durch die Abschaffung der Gouverneurswahlen die Situation jedoch so dar, dass die Hälfte des Föderationsrates aus Abgeordneten besteht, die von den Gouverneuren ernannt wurden, während die Gouverneure wiederum vom Präsidenten ernannt werden. Der Föderationsrat setzt sich also zur Hälfte (indirekten) Kandidaten des Präsidenten zusammen.

Die Zentrale Wahlkommission wählt ihren Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und einen Sekretär. Ihrer Dienststellung, der Besoldung und anderen Vergünstigungen nach sind die Mitglieder der ZIK praktisch den Mitgliedern der Regierung gleichzusetzen. Früher wurden die ZIK und die Wahlkommissionen der Regionen auf vier Jahre ernannt, diese Frist ist seit 2011 auf fünf Jahre verlängert worden.

Die Zentrale Wahlkommission führt die Wahlen auf nationaler Ebene durch. Bei Wahlen auf nationaler Ebene wirken jedoch auch die regionalen Wahlkommissionen, die territorialen Wahlkommissionen und die Wahlkommissionen in den Stimmbezirken mit.

Regionale Wahlkommissionen

Laut dem Föderalen Gesetz Nr. 67-F3 »Über die grundlegenden Garantien zum Wahlrecht und zur Teilnahme an einem Referendum für Bürger der Russischen Föderation« wird die Anzahl der Mitglieder der regionalen Wahlkommissionen innerhalb einer Bandbreite von 10 bis 14 von der jeweiligen regionalen Verfassung festgelegt. Die Mitglieder der regionalen Wahlkommissionen werden zu gleichen Teilen vom Gouverneur und dem regionalen Parlament ernannt, wobei die vom Parlament nominierten Anwärter unter den Vorschlägen

jener Parteien ausgewählt werden, die Kandidatenlisten aufgestellt haben und darüber Mandate in der Staatsduma und im jeweiligen regionalen Parlament errungen haben. Mit einem Vorschlagsrecht sind seit 2009 zudem jene Parteien ausgestattet, die »Trostromandate« errungen haben, also Parteien mit fünf bis sieben Prozent Stimmenanteil. Mindestens die Hälfte der Kommissionsmitglieder muss auf Vorschlag der erwähnten Parteien ernannt werden. Berücksichtigt werden auch Vorschläge der kommunalen Vertretungen in den Land- und Stadtgemeinden sowie der Wahlkommission des betreffenden Föderationssubjekts in ihrer vorherigen Zusammensetzung.

Bis 2002 haben die Regionen ihre Wahlkommissionen selbst zusammengestellt. In dem 2002 verabschiedeten, oben bereits genannten Gesetz ist jedoch die Bestimmung enthalten, dass Parlament und Gouverneur jeder Region verpflichtet sind, jeweils ein Mitglied der regionalen Wahlkommission auf Vorschlag der Zentralen Wahlkommission zu ernennen.

Vertikale Hierarchie

Gleichzeitig wurde die Vorschrift eingeführt, dass der Vorsitzende der regionalen Wahlkommission bei deren konstituierender Sitzung auf Vorschlag der Zentralen Wahlkommission zu wählen ist. Dadurch sind die regionalen Wahlkommissionen praktisch der ZIK unterstellt. Die Wahlkommissionen auf kommunaler Ebene, die die Kommunalwahlen organisieren (sie zählen zwischen sechs Mitgliedern in kleineren Siedlungen und zwölf in den größeren Städten und Landkreisen), werden nach einem analogen Schema gebildet, wobei nun die regionalen Wahlkommissionen die Rolle der ZIK übernehmen. Ein Unterschied besteht hier jedoch darin, dass die Mitglieder allein durch die kommunalen Räte ernannt werden, ohne Beteiligung der Verwaltungen. Bei Wahlen auf nationaler Ebene werden den kommunalen Wahlkommissionen für gewöhnlich die Zuständigkeiten der territorialen Wahlkommissionen für die Durchführung der nationalen Wahlen auf dem Gebiet der jeweiligen Kommune übertragen.

Im Weiteren besteht eine direkte Hierarchie: Die Kommissionen der Wahlkreise (wenn bei regionalen oder lokalen Wahlen nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt wird) sowie die Wahlvorstände in den Stimmbezirken werden ausschließlich von der jeweils übergeordneten Instanz ernannt.

Die zentrale Wahlkommission

Die Zentrale Wahlkommission wurde in ihrer jetzigen Zusammensetzung Anfang 2011 eingesetzt. Die fünf vom Präsidenten ernannten Mitglieder sind allesamt Kandidaten aus der Präsidentialadministration, die eng

mit der Partei »Einiges Russland« verbunden ist. Unter den fünf von der Staatsduma ernannten Mitgliedern sind zwei Kandidaten von »Einiges Russland« (ein formeller Vertreter der Fraktion sowie ein weiterer, der von Abgeordneten nominiert wurde) und drei Vertreter der Oppositionsparteien zu finden. Zur Zeit der Besetzung der Zentralen Wahlkommission war Sergei Mironow, der Leiter von »Gerechtes Russland«, Vorsitzender des Föderationsrates, so dass unter den fünf vom Oberhaus ernannten Mitgliedern nur drei Vertreter der Exekutive sind. Ein weiterer steht der Partei »Gerechtes Russland« nahe, der fünfte ist Mitglied von »Jabloko«.

Insgesamt sind so aber nicht weniger als zehn der 15 Mitglieder der ZIK praktisch Kandidaten der Präsidentialadministration sowie der eng mit ihr verbundenen Partei »Einiges Russland«. Die Leitung der Zentralen Wahlkommission ist unverändert geblieben. Vorsitzender ist weiterhin Wladimir Tschurow; für ihn stimmten 14 Mitglieder bei einer Gegenstimme des KPRF-Mitglieds Jewgenij Koljuschin. Als Stellvertreter wurden Stanislaw Wawilow und Leonid Iwlew, Mitarbeiter im Referat Innenpolitik der Präsidentialadministration, bestätigt. Sekretär der ZIK bleibt Nikolai Konkin.

Personalkarussell

Vor den anstehenden nationalen Wahlen erfolgte ein intensiver Prozess der Neubesetzung der regionalen Wahlkommissionen. Im Verlauf des Jahres 2011 wurden 64 der insgesamt 83 regionalen Wahlkommissionen neu gebildet. Darüber hinaus hatte es in den Jahren 2009 und 2010 bei weiteren 27 regionalen Wahlkommissionen einen Wechsel des Vorsitzenden gegeben.

Im Jahr 2011 standen die Wechsel der Vorsitzenden deutlich im Zusammenhang mit dem Amtsantritt neuer Gouverneure, die sich, wie anzunehmen ist, an der Spitze der Wahlkommissionen Leute wünschten, die dem eigenen Lager nahe stehen. So hat es in folgenden Regionen mit einem neuen Gouverneur auch einen Wechsel der Kommissionsvorsitzenden gegeben: Republik Karelien, Amurgebiet, Gebiete Wolgograd, Kalinigrad, Kirow, Kostroma, Murmansk, Nishnij Nowgorod, Nowosibirsk, Orenburg, Orjol, Samara, Smolensk, Twer, Tula, Jaroslawl, Autonome Bezirke der Nenzen sowie der Chanten und Mansen.

In 19 von 23 Fällen handelt es sich um den Abgang von Kommissionsvorsitzenden, die unter einem anderen Gouverneur ernannt worden waren. Diese recht offensichtliche Gesetzmäßigkeit unterstreicht, wie sehr das System der Wahlkommissionen praktisch von der Exekutive abhängig ist. Hinzukommt, dass in einer Reihe von Fällen bei den Wechseln an der Kommissionsspitze erfahrene Fachleute durch Beamten ersetzt wurden, die

früher nie mit Wahlen zu tun gehabt haben, wohl aber den neuen Regionalregierungen gegenüber loyaler sind und diesen näher stehen.

So wurde im Gebiet Kaliningrad Sergei Lunajew, Leiter der Wahlkommission des Gebiets und davor Leiter der städtischen Wahlkommission, durch Michail Pljuchin abgelöst, einen stellvertretenden Ministerpräsidenten des Gebiets, der bisher in keiner Weise mit Wahlen zu tun gehabt hat. Im Amurgebiet wurde Nikolai Newedomskij neuer Vorsitzender der Wahlkommission; Newedomskij war 2004 bis 2007 und 2009/2010 Kanzleichef des Gouverneurs und von Mai bis Juni 2010 Leiter der Stadtverwaltung von Blagoweschtschensk. Im Gebiet Wolgograd wurde Andrei Sirotin, stellvertretender Bürgermeister der Stadt Wolgograd, Vorsitzender der Wahlkommission. Im Gebiet Kostroma ist Wadim Smirnow abgelöst worden, ein fähiger Jurist, der die Wahlkommission des Gebietes über mehrere Wahlperioden hinweg geleitet hat. An seiner Stelle sitzt der Kommission nun Michail Baranow vor, Leiter der Abteilung für Rechtsfragen in der Regionalverwaltung und einer der engsten Vertrauten des Gouverneurs.

Der neue Vorsitzende der Wahlkommission des Gebietes Orenburg Dmitrij Kulagin war bis März 2011 Vorsitzender des regionalen Parlaments, in das er 2007 über die Partei »Einiges Russland« gewählt worden war und hat den Wahlkampfstab der Partei geleitet. Zur neuen Vorsitzenden der Wahlkommission der Republik Altai wurde Iraida Karanina ernannt. Karanina hat zuvor im Regierungsapparat und davor im Innenministerium der Republik gearbeitet. Neuer Vorsitzender der Wahlkommission des Gebiets Orjol ist Wadim Sokolow, er war früher Leiter der Verwaltung für Regionalpolitik, öffentlichen Dienst und Personalfragen im Apparat von Gouverneur und Gebietsregierung sowie stellvertretender Leiter des Apparates.

In einigen Fällen sind die neuen Leiter der Wahlkommissionen offensichtlich politisch engagiert und nicht nur mit der Regionalverwaltung eng verbunden, sondern auch mit einer der Parteien; in einigen Fällen kommen sie aus einer anderen Region. Vorsitzender der Wahlkommission des Gebiets Jaroslawl wurde Sergei Baburkin, der bis zu seiner Ernennung Leiter des Exekutivkomitees Jaroslawl der Partei »Einiges Russland« war. Die Wahlkommission des Gebiets Tula leitet nun Sergei Kostenko anstelle von Valentina Fedossejewa. Kostenko war früher stellvertretender Referats- sowie Abteilungsleiter im Zentralen Exekutivkomitee von »Einiges Russland« und als Vertreter der Partei mit beratender Stimme Mitglied in der Zentralen Wahlkommission. Stellvertretende Vorsitzende der Wahlkommission des Gebiets Murmansk wurde Marina Shdanowa, früher

Vorsitzende der territorialen Wahlkommission Nr. 19 der Stadt St. Petersburg.

Eine Reihe von Wechseln bei den Kommissionsvorsitzenden sind hingegen zu begrüßen. So hat beispielsweise Valentina Smirnowa, die über mehrere Wahlperioden die Wahlkommission der Moskauer Region geleitet hat, ihren Posten verlassen. Unter ihrer Leitung wurden viele umstrittene Beschlüsse gefasst, die mehrfach auf die Kritik von Opposition und Experten stießen und von denen einige per Gericht und durch die ZIK aufgehoben wurden. Zudem galt die Öffentlichkeitsarbeit dieser Wahlkommission als eine der schlechtesten im Lande. Abgelöst wurde Smirnowa durch den Juristen Irek Wildanow, der früher der Partei »Einiges Russland« zugearbeitet hat. Im Gebiet Nowosibirsk wurde Tamara Aleksenko durch Jurij Petuchow abgelöst, den langjährigen Vorsitzenden der städtischen Wahlkommission Nowosibirsk und Vizebürgermeister der Stadt seit 2011. Ein angesehener Fachmann in Wahlrechtsfragen ist auch Viktor Ignatenko, der 2010 auf den Posten des Vorsitzenden der Wahlkommission des Gebietes Irkutsk zurückkehrte.

Skandale ohne Folgen

Gleichzeitig behielten zweifelhafte Kommissionsvorsitzende, die sich bei Wahlen durch eine Reihe von Skandalen und eine Vielzahl umstrittener Entscheidungen diskreditiert haben, ihren Posten. Zu nennen wären hier der Vorsitzende der Wahlkommission des Swerdlowsker Gebietes Wladimir Mostowschtschikow sowie der Vorsitzende der Moskauer Wahlkommission Valentina Gorbunow. Dieser Umstand kann als Signal an das System betrachtet werden, dass in der Praxis nicht juristische Genauigkeit zählt, sondern das erwünschte und mit allen Mitteln zu erreichende Resultat.

Im Zusammenhang mit der Bestätigung von Alexander Kuschnarjow als Vorsitzendem der Wahlkommission des Gebietes Omsk erinnerte die Opposition erneut daran, dass bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2008 in mehreren Kreisen des Gebietes Omsk die Ergebnisprotokolle zu insgesamt 90.000 Wählerstimmen verschwunden sind. Diese skandalöse Situation entstand nachdem die Ergebnisse für den späteren Sieger Medwedew im Gebiet Omsk drastisch unter dem Durchschnitt lagen. Die Protokolle wurden, so die offizielle Erklärung, durch einen Wasserschaden infolge eines Rohrbruchs zerstört. Aufgrund dieser Angaben sprach die Opposition von ernstlichen Wahlfälschungen im Gebiet Omsk. Auf die Frage von Mitgliedern der Zentralen Wahlkommission, welche Maßnahmen zur Beseitigung dieser zweifelhaften Umstände getroffen wurden, antwortete Kuschnarjow, der Schlosser, der für den Keller, in dem die Pro-

tokolle untergebracht waren, verantwortlich war, sei entlassen worden.

Bei der Bildung der Wahlkommissionen sind die Ereignisse um Julia Kulikowa, die ehemalige Vorsitzende der Wahlkommission des Gebietes Pskow, ohne Parallele. Gegen Kulikowa wurde 2009 wegen des Verdachts der Unterschlagung und Veruntreuung von Haushaltsmitteln sowie der Urkundenfälschung im Amt ein Strafverfahren eröffnet. Kulikowa wird zusammen mit anderen Amtspersonen beschuldigt, während der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen im November und Dezember 2007 sowie im Februar und März 2008 über 56 Millionen Rubel gesetzeswidrig verausgabt zu haben. Sie befindet sich derzeit in Elternurlaub.

Resümee: Neutralität zweifelhaft

Es fällt auf, dass es in den Regionen sehr verbreitet und unter beliebigem Vorwand die Weigerung gab, Vertreter von nicht im Parlament vertretenen Parteien oder nicht

genehmen gesellschaftlichen Organisationen als Mitglieder von Wahlkommissionen zuzulassen. So wurde in St. Petersburg unter verschiedenen Vorwänden kein einziger Kandidat der Partei »Jabloko« in auch nur eine der insgesamt 30 territorialen Wahlkommissionen berufen. Im Gebiet Kostroma haben regionale Untergliederungen der nicht im Parlament vertretenen Parteien Kandidaten sowohl für die städtische als auch für die regionale Wahlkommission nominiert, jedoch stets eine Absage erhalten. Dies Liste ließe sich fortsetzen.

Insgesamt ist bereits zu Beginn des Wahlverfahrens deutlich geworden, dass in den meisten Regionen erhebliche Zweifel an der Unvoreingenommenheit der Wahlkommissionen und ihrer Unabhängigkeit von der regionalen politischen Führung angebracht sind. Gleichzeitig sind sehr viele Beamte der Regionalverwaltungen auf der Kandidatenliste einer ganz bestimmten Partei zu finden.

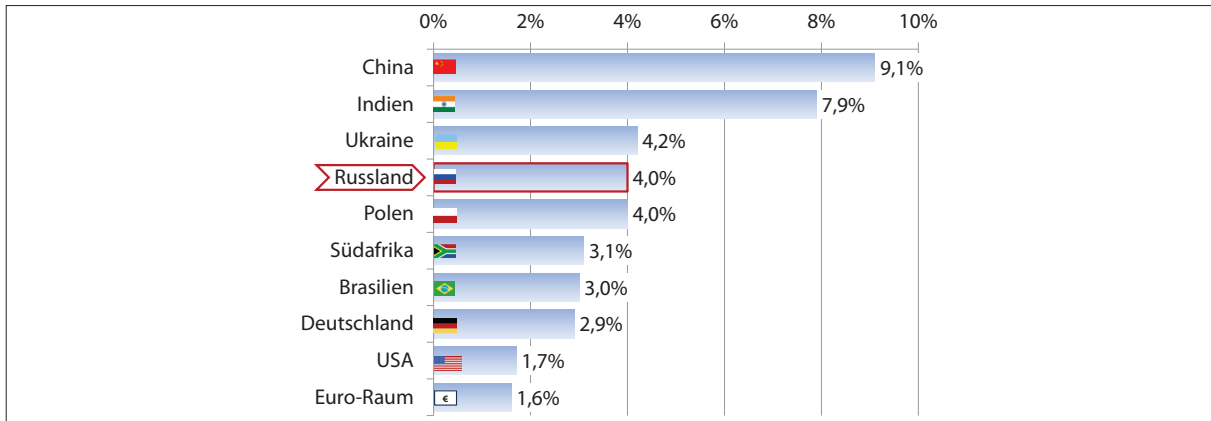
Übersetzung: Hartmut Schröder

Über den Autor

Dr. Alexander Kynev ist Politikwissenschaftler und leitet die Analyseabteilung der Assoziation »Zur Verteidigung der Rechte der Wähler GOLOS«. Er studierte politische Wissenschaften an der Moskauer Lomonossow-Universität und arbeitete u. a. bei der Partei »Jabloko«, im Apparat der Staatsduma, im Internationalen Institut für humanitär-politische Forschungen (MIGPI) und als Leiter des Regionalprogramms der Stiftung für die Entwicklung von Informationspolitik (FRIP). 2008 bis 2010 lehrte er als Dozent an der Moskauer Higher School of Economics.

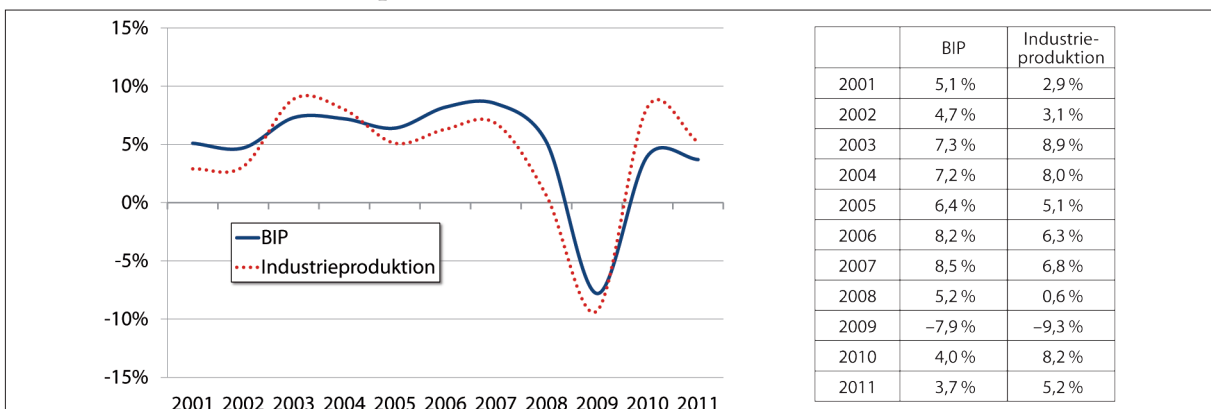
Aktuelle Wirtschaftsdaten

Grafik 8: BIP-Prognose für das Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr



Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

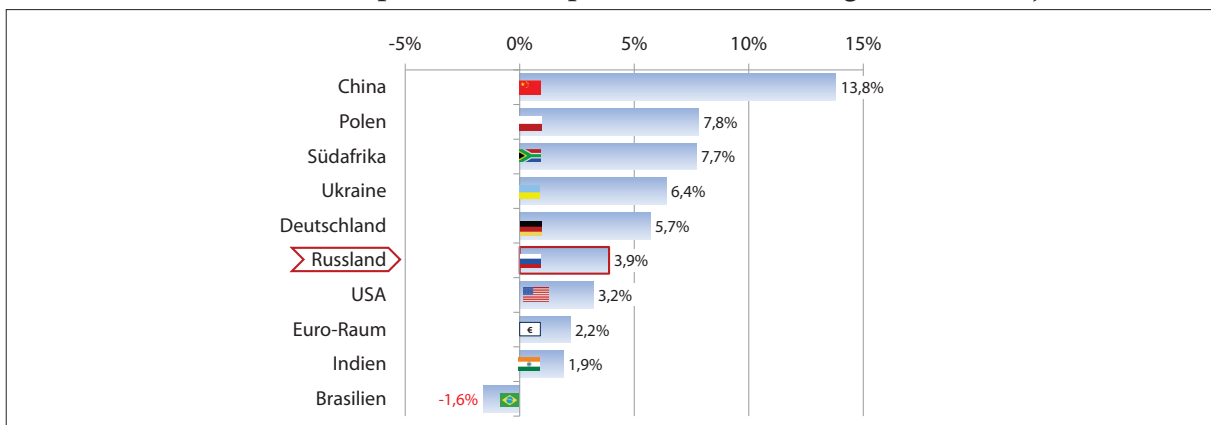
Grafik 9: BIP und Industrieproduktion seit 2001



Anm.: Die Zahl für 2011 bezieht sich für das BIP nur auf das erste Halbjahr und für die Industrieproduktion auf die ersten drei Quartale.

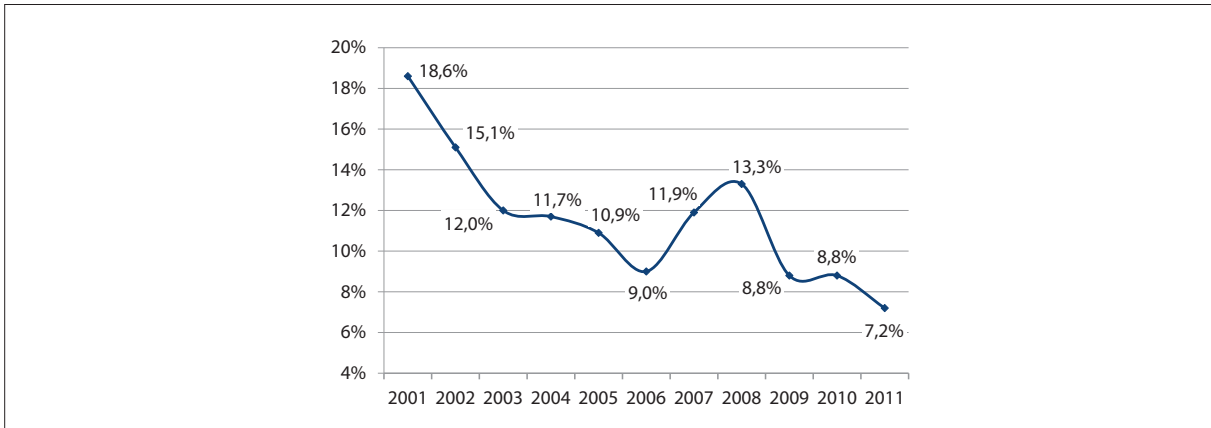
Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx

Grafik 10: Aktuelle Industrieproduktion (September 2011) im Vergleich zum Vorjahresmonat



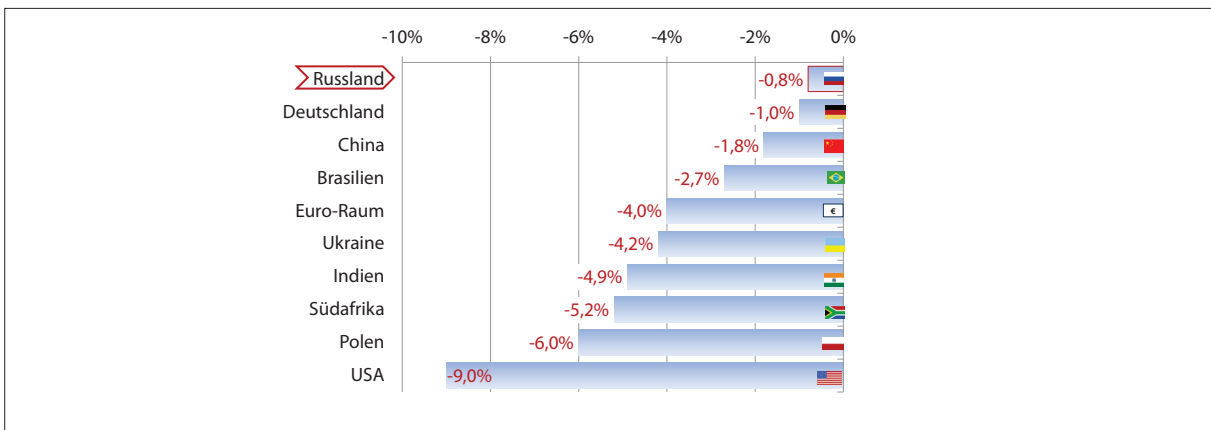
Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Grafik 11: Inflationsrate seit 2001 (Konsumentenpreise zum Jahresende)



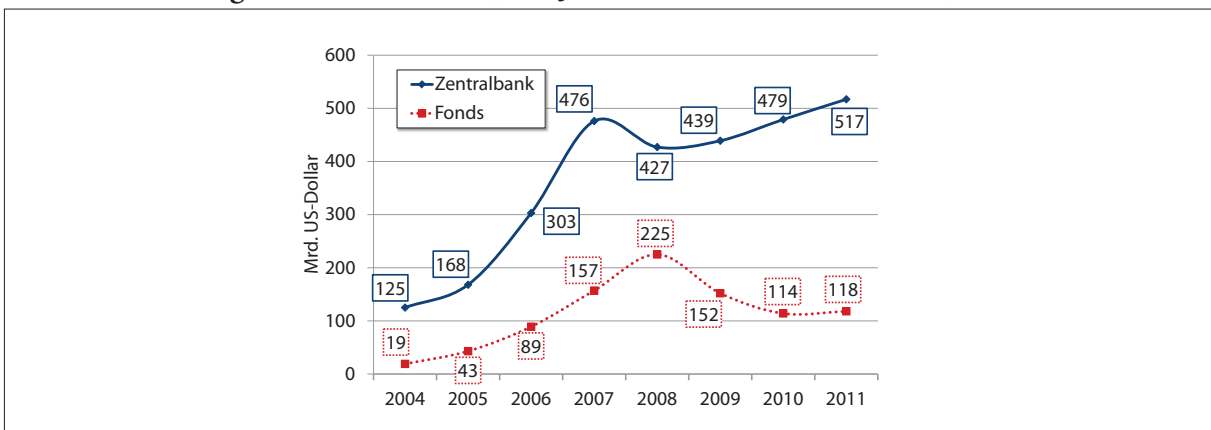
Anm.: Wert für 2011 zum Stand Oktober 2011. Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx

Grafik 12: Haushaltsdefizit im internationalen Vergleich als Anteil am BIP (Schätzung für 2011)



Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

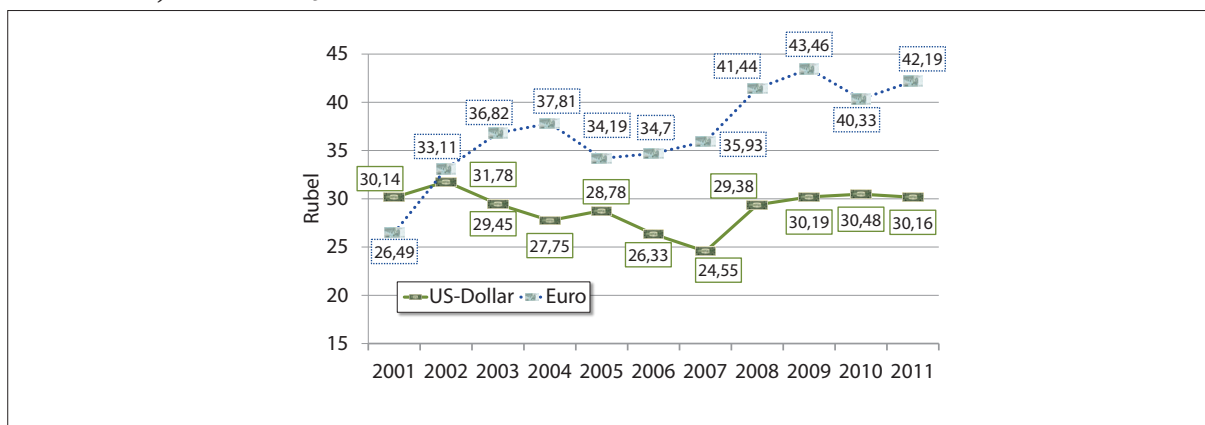
Grafik 13: Devisen- und Goldreserven der russischen Zentralbank sowie Wert der staatlichen Vermögensfonds seit 2004 (zum Jahresende in Mrd. US-Dollar)



Anmerkung: Vermögensfonds: 2004 bis 2008 Stabilisierungsfond, seit 2008 Reservefonds und Wohlfahrtsfonds. Wert für 2011 zum Stand September/Oktober 2011.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economies in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.boffi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

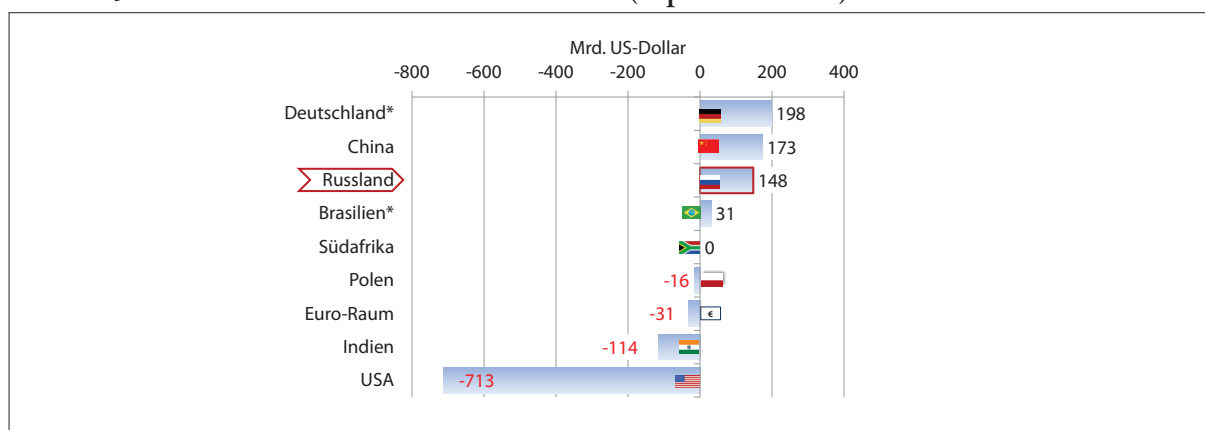
Grafik 14: Der Wechselkurs des Rubels zum US-Dollar und zum Euro seit 2001 (jeweils zum Jahresende)



Anmerkung: Wert für 2011 zum Stand Monatsende Oktober.

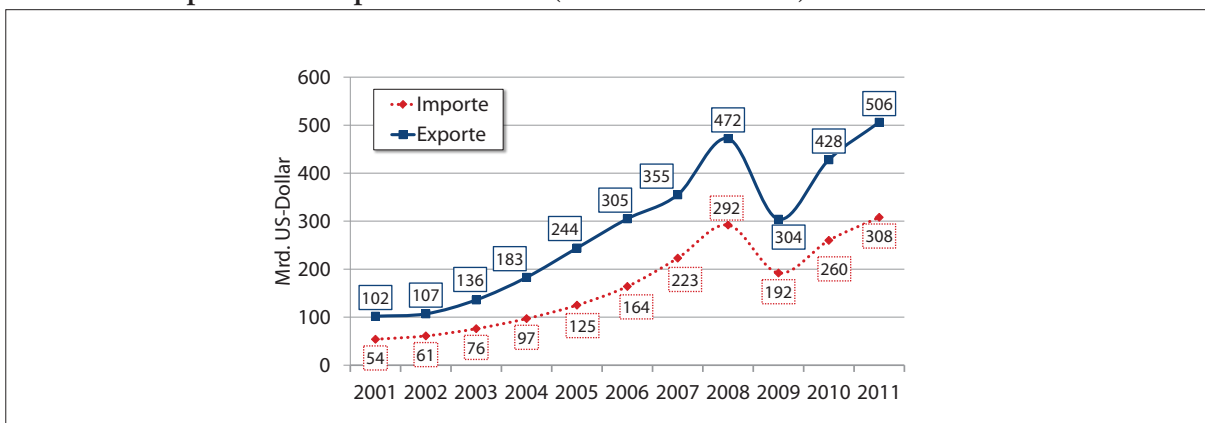
Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.boffi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Grafik 15: Handelsbilanz der letzten 12 Monate (September 2011) in Mrd. US-Dollar



* Werte für August; Quelle: The Economist, <http://www.economist.com/markets/indicators/>

Grafik 16: Importe und Exporte seit 2001 (in Mrd. US-Dollar)



Anm.: Wert für 2011: Hochrechnung auf Grundlage der Zahlen bis August.

Quelle: Bank of Finland Institute for Economics in Transition, BOFIT Russia Statistics, http://www.boffi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/

Vom 4. bis zum 17. November 2011

04.11.2011	In Russland wird der Tag der Nationalen Einheit gefeiert, der an das Ende der polnisch-litauischen Herrschaft 1612 erinnert. Der Feiertag wurde 2005 als Ersatz für den Feiertag zur Erinnerung an die Oktoberrevolution eingeführt. In Moskau und anderen Städten finden sogenannte »Russische Märsche« statt. In Moskau nehmen ca. 10.000 Nationalisten an einem Aufmarsch im Vorort Ljublino teil, der von nationalistischen Parolen bestimmt ist. Die kremltreue Jugendbewegung »Naschi / die Unseren« versammelt 15.000 Anhänger, um bei ihrem »Russischen Marsch« die Idee der Einheit der russischen Staatsbürger zu bekräftigen.
06.11.2011	Gennadij Gawrilin, Stellvertretender Vorsitzender des Unternehmens »Gazprom Schelf-Förderung«, gibt bekannt, dass die Erschließung der Lagerstätte Shtokman in der Barentssee 2012 beginnen kann. Im Schelf der Barentssee werden insgesamt 3,9 Billion Kubikmeter Gasreserven vermutet.
07.11.2011	Präsident Dmitri Medwedew unterzeichnet ein Gesetz, wonach sich der Sold der Militärangehörigen ab dem 1. Januar 2012 um das 2,5 bis 3-fache und die Rente um das 1,5 bis 1,7-fache erhöht. Das Gesetz Nr. 306-F3 regelt monatliche Zuschläge u. a. nach Rang, besonderen Dienstumständen, riskanter Aufgabenerfüllungen und Umgang mit Staatsgeheimnissen.
07.11.2011	Auf dem Roten Platz in Moskau findet eine Parade anlässlich des 70. Jahrestag der Militärparade am 7. November 1941 statt, die den Kampfeswillen der Roten Armee nach dem Überfall der Wehrmacht demonstrieren sollte. Präsident Dmitri Medwedew empfängt Veteranen der Militärparade und gibt bekannt, dass er ein föderales Programm unterzeichnet hat, wonach im Zeitraum 2011–2015 insgesamt 2,5 Mrd. Rubel (ca. € 60 Mio.) für die Erneuerung von Kriegsdenkmälern bereitgestellt werden.
07.11.2011	Die Informationssendung »Unwirkliche Politik« die seit September 2010 vom Fernsehsender NTV ausgestrahlt wurde, wird von den beiden Moderatoren Andrej Kolesnikow, Journalist beim »Kommersant«, und Tina Kandelaki eingestellt. Kolesnikow begründet die Entscheidung damit, dass der Sender zwei Beiträge, darunter Interviews mit dem Präsidenten sowie einer Studentin der Journalistischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität, die während des Besuchs von Präsident Medwedew am 20. Oktober festgenommen wurde, aus dem Programm genommen hat.
07.11.2011	Waleri Gajewski, Gouverneur des Bezirks Stawropol, entlässt die regionale Regierung. Er begründet seinen Schritt mit der unzureichenden Qualität der Arbeit der Minister. Deren Aufgaben sollen ihre Stellvertreter bis zur Bildung einer neuen Regierung übernehmen.
07.11.2011	In St. Petersburg findet ein Treffen des Rates der Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit statt. Ministerpräsident Wladimir Putin führt am Rande des Treffens Gespräche mit seinen pakistanischen und chinesischen Amtskollegen Yusuf Gilani und Wen Jiabao. Zentrales Thema sind die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.
08.11.2011	Der Präsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, ernennt Andrei Kobjakow, zuvor Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration von Belarus zum neuen Botschafter in Russland sowie zum Vertreter des Landes in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft.
08.11.2011	Die erste Röhre der NorthStream Pipeline wird im Beisein des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem französischen Ministerpräsidenten François Fillon sowie des niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte in Lubmin feierlich in Betrieb genommen. Weitere Teilnehmer des Festaktes sind Gerhard Schröder, EU-Energiekommissar Günther Oettinger sowie der Vorsitzende von Gazprom Aleksei Miller. Im Anschluss führt Medwedew Gespräche mit Angela Merkel sowie dem deutschen Bundespräsidenten Christian Wulff.
09.11.2011	Der russische föderale Dienst für Veterinär- und Phytosanitäraufsicht gibt bekannt, die Einfuhr von Schweinen aus Deutschland wegen der Nichteinhaltung der Fristen für die Antibiotikazucht ab dem 15. November zeitweise zu stoppen.
09.11.2011	Auf einem Treffen mit seinen Anhängern und Vertretern der Netzgemeinschaft eröffnet Präsident Dmitri Medwedew einen Account bei Vkontakte.ru. Seine weiteren Online-Profilen sind ein Videoblog und seine Seiten bei Twitter (650 Tsd. Leser), Facebook (ca. 300 Tsd. Leser) und Livejournal (ca. 18 Tsd. Leser).
09.11.2011	Vertreter Russlands und Georgiens unterzeichnen in Genf ein Abkommen über den Warenverkehr zwischen beiden Staaten. Auf dieser Basis stimmt Georgien dem Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation WTO zu.
10.11.2011	Die WTO-Arbeitsgruppe für den Beitritt Russlands nimmt den russischen Beitrittsantrag entgegen und empfiehlt, den Beitritt Russlands auf der WTO-Ministerkonferenz vom 15.–17. Dezember zu beschließen.

11.11.2011	Der Föderale Migrationsdienst Russlands bereitet die Abschiebung von ca. 100 Tadschiken vor, die sich ohne gültige Papiere in Russland aufhalten. Dieser Schritt wird als Reaktion Moskaus auf die Verurteilung eines russischen Piloten in Tadschikistan gewertet, der wenige Tage zuvor wegen illegalem Grenzübertritt sowie Schmuggel zu 8,5 Jahren Haft verurteilt wurde.
13.11.2011	Präsident Dmitri Medwedew nimmt in Honolulu (Hawaii) am Gipfeltreffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) teil. Bei einem Treffen mit US-Präsident Barack Obama wird die Situation in Afghanistan, Syrien und im Iran erörtert. Ferner stellen die beiden Gesprächspartner fest, dass weiterhin Uneinigkeit über das Raketenabwehrsystem in Europa besteht.
14.11.2011	In Honolulu (Hawaii) treffen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der APEC zusammen. Auf der Tagesordnung stehen Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Erhöhung der Energiesicherheit und Energieeffizienz.
15.11.2011	Ein Moskauer Gericht lehnt die Klage von Andrei Petschegin, einem Mitarbeiter der russischen Generalstaatsanwaltschaft, gegen Jamison Firestone, den Vorsitzenden der Moskauer Anwaltskanzlei Firestone Duncan, ab. Petschegin hatte Firestone aufgefordert, seine Aussagen über ihn zu widerrufen. Firestone hatte Petschegin beschuldigt, die Untersuchung des Diebstahls von 5,4 Mrd. Rubel (ca. € 130 Mio.) russischer Haushaltsmittel behindert und Mitarbeiter des Innenministeriums, die den Tod von Sergei Magnitski untersucht hatten, gedeckt zu haben. Magnitski starb am 16. November 2009 in Untersuchungshaft.
15.11.2011	Im Norden Moskaus wird der bekannte tschetschenische Schriftsteller Ruslan Achtachanow ermordet. Wladimir Markin, Sprecher der russischen Ermittlungskommission, geht von einem Auftragsmord aus. Achtachanow hatte die Politik von Ramsan Kadyrow, Präsident der tschetschenischen Republik, unterstützt.
16.11.2011	Ministerpräsident Wladimir Putin trifft in Moskau mit einer Delegation des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft sowie Vertretern führender deutscher Unternehmen in den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zusammen. Er stellt fest, dass Deutschland in diesem Jahr im Handel mit Russland auf den zweiten Platz hinter China zurückfallen wird.
16.11.2011	Das St. Petersburger Stadtparlament nimmt in erster Lesung einen Gesetzentwurf an, der die Propagierung von Homosexualität, Bisexualität und Transgendertum unter Minderjährigen unter Strafe stellt.
16.11.2011	Das Moskauer Stadtgericht lehnt die Anfechtungsklagen von Michail Chodorkowski und Platon Lebedew bezüglich ihres zweiten Gerichtsverfahrens ab. Es sieht keine Hinweise auf ein politisches Verfahren und bestätigt ihre 14-jährigen Haftstrafen.
16.11.2011	Dmitri Medwedew trifft sich mit Vertretern von Behindertenorganisationen. Er erörtert die Einrichtung eines Bevollmächtigten für die Rechte von Invaliden und Behinderten. Zudem verspricht er, die Einrichtung eines speziellen Fernsehsenders Namens »Inwamedia TV« zu unterstützen.
17.11.2011	Die russische Flugbehörde entzieht den Luftfahrtunternehmen »Irtysch«, »Wyborg« und »Aero Rent« die Fluglizenz.
17.11.2011	Präsident Medwedew und Premierminister Wladimir Putin treffen sich im Großen Kremlpalast in Moskau mit Rentnern aus verschiedenen russischen Regionen, um ihnen ihre Achtung auszudrücken und auf ihre Probleme und Fragen einzugehen.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de